

Nationalistisches Theater

Die Geschäfte der Preußenbank im Untersuchungsausschuss

Mittwoch vormittag setzte der Klepper-Ausschuss des Preussischen Landtags unter starker Beteiligung des Publikums die Zeugenvernehmung fort. Vernommen wird der Verlagsleiter der „Kölnischen Volkszeitung“, Konrad Maus. Auf Beiträgen des Vorsitzenden erklärt der Zeuge, daß bei Gründung der Görreshaus-Aktien-Gesellschaft, der Verlagsgesellschaft der „Kölnischen Volkszeitung“, vier Millionen Aktien bereits gezeichnet waren, und daß es sich darum handelte, den Restbetrag von zwei Millionen noch zu beschaffen. Er habe keine Bedenken gehabt, öffentliche Gelder zu diesem Zweck zu erhalten, da ihm bekannt gewesen sei, daß auch anderweitig Verleihenungen vom Staate Unterstützung erhalten hätten.

Dr. Boden (Ztr.): Wie hat der Zeuge 1930 die Rentabilität beurteilt?

Zeuge Maus: Damals sehr gut, aber im Verlauf der Krise ist das Anzeigengeschäft katastrophal zurückgegangen. Im letzten Jahre haben die Mindereinnahmen aus Annoncen 800 000 Mark betragen.

Vors: War nicht auch der Abonnentenschwund sehr stark?

Zeuge Maus: Keineswegs. Wir hatten Anfang dieses Jahres sogar einen Zuwachs von 9700 Abonnenten.

Vors: Wieviel zahlende Abonnenten hat Ihr Blatt überhaupt?

Zeuge: Die Auskunft verweigere ich. (Zurufe: Das gehört nicht hierher.)

Im weiteren Verlauf der Verhandlung entsteht eine längere Debatte darüber, ob der Zeuge gewußt hat, daß er das Geld von der Preußenbank erhalten habe. Konrad Maus erklärt auf verschiedene Fragen dieser Art mehrmals nachdrücklich, daß ihm das Geld von der Preußenbank ausgezahlt worden sei. Er habe nicht gewußt und wisse auch heute nicht, daß die Preußenbank der Geldgeber gewesen sei.

Der Vorsitzende verliest hierauf einen Briefwechsel, in dem Konrad Maus und Präsident Klepper eine Zusammenkunft in Berlin vereinbart hatten.

Abg. Muls (NSDAP): Sind Sie also doch imilde gemelt, woher die Gelder für den Aktienkauf gekommen sind?

Zeuge Maus: Ich habe Ihnen ja bereits mehrmals gesagt, daß ich nicht weiß, woher das Geld gekommen ist.

Abg. Muls (NSDAP): Wenn Sie diese Behauptung nach der Anleihe dieser Briefe noch aufrechterhalten, erkläre ich, daß Sie einen glatten Meineid leisten. (Stürmische Protestrufe im Zentrum.)

Zeuge (erregt): Ich würde einen Meineid leisten, wenn ich Ihnen sagen würde, daß ich den Geldgeber kenne.

Abg. Meisinger (Ztr.): Hat die „Kölnische Volkszeitung“ zahlreiche Abonnenten im Auslande?

Zeuge Maus: Jawohl, und wir sehen bei unserem Auslandsverkehr selbstverständlich Geld zu. Eine Rentabilität für die „Kölnische Volkszeitung“ wäre überhaupt nicht zu erzielen, wenn wir keine Nebenbetriebe hätten. Das geht aber nicht uns allein zu, sondern bei anderen führenden Zeitungen in Köln, ebenso bei der „Frankfurter Zeitung“ und der „WZ“ liegen die Dinge nicht anders. Wir haben für unsere Grenz- und außenpolitische Tätigkeit vielfach Anerkennung von deutschen Staatsmännern wie Stresemann und Hermann Müller erhalten. (Zuruf: Systemstaatsmänner!)

Zeuge Maus: Ich weiß nicht, was Ihre Staatsmänner sind! Wir haben auch von Deutschnationalen mehrfach Anerkennung für unsere politische Haltung bekommen.

Abg. Samburger (Soz.): Der Vorsitzende läßt hier eine Anzahl Fragen durchgehen, die mit dem Verhandlungsstoff gar nichts zu tun haben. Wenn das so weiter geht, kommen wir überhaupt nicht vorwärts. Einzelne Abgeordnete fühlen sich verufen, hier große Wäbbers zu halten. Und ich erlaube den Vorsitzenden, jetzt endlich alle Fragen zu beantworten, die nicht zur Sache gehören.

Nach Schluß der Vernehmung des Zeugen kommt es nochmals zu erregten Szenen, als der Vorsitzende zur Verurteilung des Zeugen übertritt.

Abg. Meisinger (Ztr.) weist darauf hin, daß man nach dem bisherigen Brauch erst dann die Verurteilung vornehmen solle, wenn der Zeuge das schriftliche Protokoll durchgesehen habe. Ihm erwidert die Gile, mit der hier die Verurteilung stattfinden soll, sehr verdächtig.

Abg. Muls (NSDAP): In diesem Fall ist es angebracht, daß die Verurteilung ausgesetzt wird. Wir haben den Briefwechsel zwischen dem Zeugen und Dr. Klepper verlesen und die Antwort des Zeugen Maus gehört. Wir sind der Meinung, daß keine Aussetzung fällig ist. (Stürmische Entrüstungsrufe im Zentrum.)

Abg. Dr. Groß (Ztr.): In diesem Ausschuss werden von einzelnen Mitgliedern Behauptungen über Behauptungen getroffen,

abwohl nur der Ausschuss als solcher etwas festzustellen hat. Wann will der Vorsitzende hier endlich einmal eingreifen?

Es wird sodann beschlossen, den Zeugen Maus nach Einsichtnahme in das Protokoll zu verurteilen.

In der Mittwoch-Nachmittagssitzung des Klepper-Untersuchungsausschusses im Preussischen Landtag wurden Reichskanzler von Papen und Staatssekretär Pfland als Zeugen vernommen.

Der Vorsitzende fragte den Reichskanzler, ob ihm etwas darüber bekannt sei, daß von dem Verlagsleiter der „Kölnischen Volkszeitung“, der Görres-Haus-A.G., Aktien der „Germania“ indirekt mit Geldern der Preußenbank auf gekauft worden seien, angeblich um den entscheidenden Einfluß anderer Verleihenheiten auszuschalten. In diesem Zusammenhang sei von dem Großaktionär von Papen gesprochen worden. — Reichskanzler von Papen: Mir ist in diesem Zusammenhang lediglich bekannt, daß ein Aktienpaket, das, soweit ich mich erinnern kann, im Besitz des ehemaligen Ministerialdirektors Dr. Spieder sich befunden hat, damals verkauft wurde. Ich wußte auch, daß dieses Paket zum Teil in dem Besitz der Görres-Haus-A.G. gekommen ist. Welche Mittel bei dem Verkauf dieses Aktienpakets eingesetzt wurden, war mir damals unbekannt. Dieses habe ich erst im Zusammenhang mit den Nachrichten über die Preußenbank erfahren. — Abg. Rau (KPD): Finanzminister Klepper hat sich am Dienstag vor dem Ausschuss auf ein gewisses Wohnheitsrecht des Staates bei der Unterstützung von Zeitungen berufen. Ist die Beteiligung an Zeitungen bzw. ihre Unterstützung unter ihrer Regierung fortgesetzt worden, Herr Reichskommissar? Können Sie vielleicht etwas darüber sagen, daß sich der Reichswirtschaftsminister an der „Täglichen Rundschau“ beteiligt hat?

— von Papen: Außer dem in dem Statut zu diesen Zwecken verfügbaren Mitteln sind für Zwecke der Pressebeeinflussung unter meiner Regierung keinerlei Mittel angewandt worden. Die Gerüchte über die „Tägliche Rundschau“ sind mir aus der Presse bekannt, ich bezweifle aber ihre Richtigkeit. — Abg. Rau (KPD): Haben Sie Nachforschungen darüber angestellt? Man spricht doch auch davon, daß die „Berliner Börsen-Zeitung“ mit

öffentlichen Geldern unterstützt worden ist. — von Papen: Ich habe keinen Anlaß, über jedes Zeitungsgeschäft mit den zuständigen Ressortministern zu sprechen. — Abg. Rau: Das ist eine merkwürdige Praxis. Es handelt sich doch hier nicht um Wäbberbetriebe, sondern um hohe Summen, für die die Steuerzahler aufkommen haben. — von Papen: Ich stelle anheim, hierüber den Reichswirtschaftsminister zu befragen. — Abg. Rau: Diese Regierung ist zu befragen. — Der Vorsitzende erklärte hierzu, daß der Ausschuss in dieser Frage später Beschluß fassen werde.

Abg. Sallat (Soz.): Auch ich habe an Herrn von Schleicher mehrere Fragen in dieser Hinsicht zu stellen. Es sind doch im Reichsstatut verschiedene Dispositionen, jenseits ohne genaue Formulierung vorhanden? — von Papen: Die Statuten sind klar. Es gibt nur zwei Dispositionen, aus denen Mittel an die Presse fließen könnten. Der eine Fonds ist der Fonds des Reichskanzlers in Höhe von 150 000 Mark und der zweite der Fonds der Presseabteilung in Höhe von 50 000 Mark. Außer diesen beiden Statuten gibt es keine. — Abg. Sallat: Sind in den letzten Tagen oder Wochen neue Käufe in „Germania“-Aktien durchgeführt worden? — von Papen: Mir nichts bekannt. — Abg. Muls (NSDAP): Minister Fitzinger hat im Ausschuss erklärt, die Aufkäufe der „Germania“-Aktien wären durchgeführt worden, weil Sie mit der Politik des Zentrums in Widerspruch geraten wären. Welches war die Ursache dieses Widerspruchs? Haben Sie vielleicht damals schon Verbindungen mit dem Deutschnationalen aufgenommen? (Heiterkeit.) — von Papen: Ich habe keinerlei Aktienpakete der „Germania“ gekauft, um eine konzessive Einstellung in der „Germania“ zur Geltung zu bringen, für die ich 12 Jahre in der Zentrumspartei gearbeitet habe. Es ist sehr wohl denkbar, daß Herr Fitzinger die Aufkäufe vertreten hat, daß es zwischen der Partei und mir zu Widersprüchen gekommen ist. — Abg. Muls (NSDAP): Haben Sie bei dem Ankauf des Aktienpakets der „Germania“ keine Kenntnis erhalten, daß diese Aktien durch Staatsmittel erworben wurden? — von Papen: Diese Kenntnis habe ich selber nicht gehabt.

Anschließend wurde der Staatssekretär Pfland vernommen. Auf die Frage des Abg. Muls, ob die für Unterstützung der Presse eingesetzten Staatsmittel auch für parteipolitische Zwecke verwendet werden könnten, erklärte der Zeuge, daß dies im Ermessen des Reichskanzlers bzw. bei dem Fonds der Reichspressestelle im Ermessen der Reichsregierung liege. Unter dem Gesicht der Unterstützung im Ausschuss fügte er hinzu, daß die gegenwärtige Regierung jedenfalls das Geld nicht in parteipolitischen Sinne verwende und dies in ihrem Charakter begründet liege.

Die täglichen Gewalttaten der SA.

Neue Gewalttaten der Berliner SA. in Thüringen Wieder deutschnationale Versammlung gesprengt

Auf der Durchfahrt nach Koburg zum Hitler-Treffen und zur Fürstlichhochzeit sowie auf der Rückfahrt haben Berliner SA-Leute schwere Ausschreitungen in Pörsdorf und Eisenach begangen.

Wie das „Saalfelder Volksblatt“ mitteilt, verurteilten mehrere Berliner SA-Stürme eine ausmarschierende Reichsbannergruppe dadurch zu proscribieren, daß sie mit ihren Autos die Straße verstopften. Einwohner mit Freizeitsachen wurden von ihnen auf den Straßen der Stadt verstopft, die Abzeichen wurden ihnen abgerissen. Einen Sozialdemokraten schlugen sie ins Gesicht, so daß seine Brille zerplitterte. Als ein des Weges kommender Kapitän der Stadtpolizei, der keinerlei Abzeichen trug, die Schläger zur Verurteilung mahnte, wurde ihm das Rasenblech zertrümmert.

Aus Eisenach wird der deutschnationalen Weimarer „Volkszeitung“ gemeldet, daß auf der Rückfahrt Berliner SA-Leute in Eisenach in der Nähe der Geschäftsstelle der Deutschnationalen Volkspartei halt gemacht haben. Mit Mann drangen in die Geschäftsstelle ein und eigneten sich dort zum Verkauf ausliegende Schriften an. Als sie aus der Geschäftsstelle vertrieben wurden, nahmen sie eine drohende Haltung ein. Unter mühen Drohungen und Beschimpfungen rückten sie dann ab. Vor der Geschäftsstelle rissen die Nationalsozialisten die schwarz-weiß-rote Fahne herunter, zertrümpften sie und warfen sie in die Gasse. Ein SA-Mann konnte dinstig gemacht werden. Abends um 7 Uhr verließen die Sittler-Koburger Eisenach unter Ruf um „Schwup verreckt!“ und „Deutschland erwache!“

Stettin, 21. Oktober. (Sta. Funter.)

In Stolz kam es im Verlauf einer deutschnationalen Weiberversammlung zu schweren Zusammenstößen mit den Nationalsozialisten. Zahlreiche Personen wurden zum Teil erheblich verletzt.

Das Signal zu dem Tumult war ein Zitat Hitlers vom November 1923: „Morgen haben wir in Deutschland die Mon-

archie oder ich bin tot.“ Die zahlreich im Saale anwesenden Nationalsozialisten antworteten mit einem Tumult. Der nationalsozialistische Abgeordnete des Preussischen Landtages, Gior-niol, schloßerte eine Seltenerfahne gegen den Vorstandstisch. Dann verurteilten die Nationalsozialisten die Rednertribüne zu räumen. Mehrere Personen, darunter der Abgeordnete Gior-niol, wurden verhaftet.

Die Nazi-Lafantenjelen

Hitlers SA und der Stahlhelm brachten der Prinzessin Sabelle von Koburg und dem Prinzen Gustav Adolf von Schweden am Mittwoch einen Fackelaug. Die „feinen Leute“ nahmen die „Ehrung“ von der Theatertribüne aus entgegen. Der Vorsitzende des Festausschusses verteilte in seiner Ansprache zu dem Satz von der „Liebe und Treue zu unserem ansehnlichen Herrscherhaus, die wir uns auch durch die Ereignisse der Vergangenheit nicht rauben lassen.“

Der letzte Herzog von Koburg, der Vater der Braut, war bis zu seiner Volljährigkeit Engländer unter dem Namen eines Herzogs von Albano.

Wieder Vorgehen gegen „Rote Fahne“

Auf Veranlassung des Kasseler Untersuchungsrichters beim Reichsgericht erschienen am Mittwoch Beamte der Berliner Polizei in der City-Druckerei des Karl-Liebknecht-Hauses und beschlagnahmte die große Rotationsmaschine, auf der die „Rote Fahne“ gedruckt wird. Als Begründung wurde angegeben, daß durch Sachverständige festgestellt worden sei, daß diese Rotationsmaschine zur Herstellung von Druckschriften hochverräterischen Inhalts benutzt worden sei.

Die „Rote Fahne“ ist heute nur in einer verkürzten Ausgabe erschienen.

Imán Kampf um Marokko

Roman von Ramon J. Sender

Berechtigter Uebersetzung

aus dem Spanischen von G. H. Neuenendorff

(Nachdruck verboten)

„Man darf niemand töten“, sagt der Alte.
„Nein, auch keinen König“, ergänzt Bianca.
Sie sind bergab gegangen und wieder emporgestiegen. Endlich erscheint vor ihnen hinter einer Biegung, in einer neuen Senke, der Eingang zu einer Hütte, die zwischen die steilen Hänge zweier Erhebungen eingebettet ist. Daneben ein großes offenes Loch und aufgeworfene Erde. Der Alte erklärt: „Ich habe schon mehr als dreißig begraben; heute nacht geht's weiter.“
Er legt das Bündel Hülsen auf die Erde. Die Lapa braucht er also, um neue Tote zu beerdigen. Bianca erwartet eine Begründung dieser Arbeit mit menschlicher Rücksicht zu hören, aber der Alte sagt einfach: „Sie sterben zu sehr.“
In der Hütte steht neben einem alten Militärumhang, der auf der Erde liegt, ein großer Topf voll Wasser. Bianca greift mit krankhafter Eier danach und hebt ihn an die Lippen. Ohne Atem zu holen, schüttet er den süßen, süßen Urant, verschluckt sich, hustet, hört aber nicht auf zu trinken. Beunruhigt zieht ihm der Alte das Gefäß weg.
„Es kann dir schaden; du hast mindestens zwei Liter getrunken.“ Aber Bianca reißt ihm den Topf wieder aus den Händen und gibt ihm einen Stoß, daß er hinfällt. Dann trinkt er weiter, bis der Topf leer ist. Seine Haut bedeckt sich mit feinen Tropfen; Schwweiß tritt die Kleider. Bianca hat den Urant vom Boden, ohne sich zu entschuldigen. Neue Kraft erfüllt ihn.
„Was ist das?“
Neben der Lagerstätte steht ein nackter, eisenerfarbener Schüssel. Der Alte erwidert: „Erinnerung an jemand, den ich sehr geliebt habe.“
„Mann oder Frau?“
„Kann keine Frau.“
„Schon tot?“
Der Alte nickt die Köpfe. Sein crazes, unterwürdiges Gesicht erhält eine neue, höher undelbarere Miene.

„Das heißt du ja. Sie ist tot. Sie war aus Tetuan. Ihre Eltern töten sie, weil sie mit mir geflohen war. Da sie auch mich verfolgte, mußte ich hierhin gehen. Der Schüssel ist von ihr.“

Inzwischen hat er ein Gefäß mit Essig und Kräutern hervorgeholt. Er wäscht Biancas Wunden aus und verbindet sie, so gut es geht.

„Gut! — Und Brot?“
Der Alte gibt ihm weiches, feuchtes, schweres Gerstenkornbrot. Er legt die Wunde im Rücken sei nicht sehr tief, und bietet ihm Unterarm und Schuss an; ihm selbst sei es hier nicht schlecht ergangen, die Marokkaner seien freundlich, umgängliche Menschen. Bianca wehrt ab: „Sie werden Sie und mich erschlagen.“

Der Alte denkt nach und gibt ihm recht. Noch in der Tür rät er ihm: „Geh nicht nach Monte Arruit, und lorge dafür, daß du dich möglichst weit links vom Wege hältst! Ist Monte Arruit noch nicht gefallen, so fällt es früher bald. Geh die ganze Nacht weiter und geh, daß du nach Melilla kommst! Wenn du nicht an dem zugrunde gehst, was du unterwegs zu sehen kriegst, bist du ein Glückspilz. Du hast dem Wolf in den Rücken gesehen. Ich auch, als ich in deinem Alter war. Ich habe das Glück verloren, weil mir die Frau da das höchste Kraft genommen hat, das mir geblieben war. Aber jetzt... Tu wie ich! Nicht nachdenken, sonst wirst du verrückt! Wehst du, was der einzige Gewinn ist, den ich mir aus dem ganzen Unglück hier heraushole? Sieh her!“

Er zeigt ihm die gekammerten Eichen und einen Haufen Kegel, die er unter dem Umhang hervorzieht.

„Bierig Genittos — wenn's gut geht, fünfundvierzig.“
„Sie sind nicht bei Trost!“ — und nach einer Pause: „Was soll das heißen, den Schüssel seiner Frau aufheben?“

„Wenn ich dir's erkläre, würdest du es nicht verstehen. Du bist zu jung dazu.“

„Ich hab's ja gesagt. Sie sind nicht bei Trost, in Spanien würde man Sie einpflanzen!“

„Dann dem Schüssel bin ich jetzt gläubig. Das wirst du nie!“
„Nein, Ihnen aber ihr Tod leidgetan hat...“

„Nein“, unterbricht ihn der Alte, „er hat mir gar nicht leid getan. Sie hätte mir schon das Beste, was sie hatte, gegeben. Wir waren sehr glücklich gewesen. Aber, warum weiterleben? Sie oder ich hätten es halt bekommen. Eines wäre des andern überdrüssig geworden. So ist es besser.“

„Nein, Bianca ruagt die Stirn. „Sie haben Sie geliebt!“

Der Alte blüht in die Weite.

„Das Leben“, sagt er wie zu sich selbst, „ist Kampf. Alles ist Kampf. Auch die Liebe. Einer unterliegt, damit der andere lebe. Hehehe! Du verstehst mich nicht. Vielleicht verstehst du mich, wenn dir der letzte Lichtstrahl ins Auge fällt, wenn du das letzte Mundvoll Blut schluckst. Hehe! Auf alle Fälle: kommst du durch, so denk an mich!“

Bianca glaubt, etwas Neues zu spüren. Wie ferner Nebel hebt sie sich jenseits der Möglichkeit, sich zu retten und nach Spanien zurückzuführen. Die nahen Gräber, das offene Loch vor ihm, der Verwesungsgeruch sprechen jetzt nicht mehr zu seinem Hirn als zum Herzen. Er ahnt etwas Unbestimmtes, weiß aber nicht was. Was es auch sein mag, es hinterläßt einen wirren, bitteren Eindruck, der ihn mehr schmerzt als die Wunde in der Schulter.

Als er um den Hügel herumzieht und die Ebene vor sich hat — diegrau, mit den weißen oder gelben Flecken nackter Leiden —, überfällt ihn die Einsamkeit, tritt ihm in den Weg, umzingelt ihn, dehnt den Raum neuerdings ins Unendliche und besetzt ihn mit Geheimnissen, Gefahren, Zauberzügen, bösen Geistern. Biancas Jurcht ist die alte Jurcht der Kindheit, die den Dingen Menschenwesen verleiht. Alles dreht sich um ihn, kalter Schweiß bricht aus. Das kommt aber nicht von der Jurcht, sondern ist das viele Wasser, das er geschluckt hat, und das jetzt in seinem Leibe wie in einem Topfe kullert. Er speit, geht weiter, speit von neuem. Mehr als die Hälfte hat er wieder herausgebracht; das hat ihn erleichtert und mit einem Wohlbehagen erfüllt, wie er es schon lange nicht mehr kannte. Jetzt gewinnt alles wieder sein gewöhnliches Aussehen; dennoch schüttelt ihn der Krampf des Einsamkeits. Er versucht, Berechnungen anzustellen. Bis jetzt hat er etwa fleißig Kilometer zurückgelegt, bleiben noch fünfzig; quer über den Weg hat der Tod seine unübersteigbare Schranke gezogen.

So geht es im Kriege zu!

Uebersicht: Krieg, Landesfahne auf hoher Stange vor dem Schutzhause, Nationalhymne, „Geächte“, Verteidigung des Vaterlandes, (Neben eines Abgeordneten), patriotisches Schauspiel im Theater, Kund heram Oden und Ehrenzeichen. So kommt Begeisterung für's Vaterland! Krieg ist aber noch was anderes: ein Kampf, flüchtend zwischen verstrümmelten, geschändeten Leichen, Hügel wund von spitzen Steinen, Kopfschuß.
(Fortsetzung folgt.)

ABD Nazis regieren.

Braune Parteibuchwirtschaft und Koch

aus Oldenburg wird uns geschrieben:
 Im Freistaat Oldenburg, der seit bald vier Monaten eine nationalsozialistische Regierung hat, spitzen sich die politischen Angelegenheiten scharf zu. Das Land befindet sich in einem ungeordneten Zustand, der zur Folge hatte, daß an einzelnen Orten die Wollschafschere schon seit Monaten das Gehalt nur in der Hälfte ausgezahlt werden konnte. Darüber hinaus hat die neue Regierung sämtliche Beamten am ersten Oktober eine neue Regelung ihrer Bezüge beschert, die sich, je nach der Höhe des Einkommens, zwischen drei und zwanzig Prozent bewegt. Oldenburgs höchste städtische Beamte sind demnach gegenwärtig die höchsten bezahlten Beamten in ganz Deutschland. Das ist in einem Lande, wo die Nazis vor ihrer Machtübernahme im Sozialenot erklärt hatten, sobald sie an der Regierung wären, würde sich alles zum Besten wenden. Auch auf allen anderen Gebieten haben die Nazis in Oldenburg aufs peinlichste versagt. Mit aller Entschiedenheit wandten sie sich noch kurz nach ihrer Machtübernahme gegen eine Entlastung der Schulden. Aber kaum waren sie zwei Monate im Amt, als zum Verdruss aller Bauern und Schlächtermeister erst so ferne Schlachtfeste veräußert wurden! Der Grund dafür ist ein Finanznotstand in Oldenburg in der Steuerbehörde, der einen großen Teil der ländlichen Bevölkerung, der fast ausschließlich aus Angehörigen der Nationalsozialisten besteht. Diesen Leuten war vor der Regierungsübernahme unheimlich gesagt worden, daß, sobald „wir am Ruder“ sind, die Steuern geringer werden würden. Daraus wuchsen naturgemäß gewisse Hoffnungen, und nun die Enttäuschung! Der Ministerpräsident Röver hat persönlich in verschiedenen Bauernorten die Bevölkerung durch Bitten und Drohungen bestrebt, ihm doch zu helfen, da sonst der ganze nationalsozialistische Gedanke discreditiert werde. Unsonst. Man hörte keine Reden an und ging nach Hause, um nichts zu tun. Ganz einseitig ist die Personalpolitik der Regierung. Man muß gleich zu Anfang das aus drei Ministern bestehende Kabinett ganz für sich mit Beschlag belegt hat, ist bekannt, daß der Landtag radikal ausgeschaltet wurde. Man fürchtete sich Kritik an den Dingen. Der einzige im Ministerium beschäftigte sozialdemokratische Angestellte wurde abgedrängt. Zwei sonst quibürgerliche Schulkollegen wurden aus ihren Positionen entfernt, angeblich weil von ihnen Übergriffe gegen den von der Regierung beabsichtigten neuen Schulkurs zu erwarten seien. Und das Neueste ist, daß man, nachdem man schon die Regierungspräsidentenstelle in Cutin mit einem nationalsozialistischen Abgeordneten besetzt hat, jetzt auch die Präsidentenstelle in Birkenfeld einem Nazimann zuschauen will. Der gegenwärtige Regierungspräsident, der zu den Demokraten zählt, sitzt zwar seit zwölf Jahren in seinem Amt; man hat sich nie gehört, daß gegen ihn etwas vorläge, nun aber kommt die Regierung und will dort einen Wechsel vornehmen, um an die Stelle, die einen Zuzug erfordert, einen Nazi-Landtagsabgeordneten, der von Beruf Kaufmann ist, zu setzen.
 Das hat die Beamtenschaft auf den Plan gerufen. Der Landtag war noch allzu durchsichtig. Jetzt die Partei, die sich früher nicht genug tun konnte, in der obersten Schicht über die anständig „unhaltbare“ Beamtenschaft des „verrückten Systems“.

Just diese macht solche Geschichten. Insbesondere sind es die Deutschnationalen, die jetzt Sturm gegen den Ministerpräsidenten, der in seinen Verfammlungen gegenwärtig wieder Licht auf die Juden heft, Sturm laufen. In die Enge getrieben, behauptet nun die Regierung, der Birkenfelder Regierungspräsident wäre nicht mehr tragbar, da ein Teil der Bevölkerung „argwöhne“, er hätte während der Bekleidungszeit in Birkenfeld mit den Franzosen „sympathisiert“. Natürlich eine ganz und gar unbeweisbare „Argwöhnung“, die sich ganz gewiß nur auf die dortigen Nazikreise erstreckt, denen Herr Röver, so heißt der Beamte, schon längst unheimlich ist. Vollends bunt ist die Geschichte geworden, durch die Behauptung der Regierung, sie habe zur Zeit keinen geeigneten Juristen zur Hand und müsse darum den Nazi-Abgeordneten Wild, einen Kaufmann (!) dort hin schicken. Dabei gibt es in Oldenburg Duzende von höheren Beamten, die sich für diesen Posten eignen. Freilich sind sie nicht Mitglieder der Nazi-Partei. Ueberhaupt sind die mittleren wie die oberen Beamten im Freistaat verhältnismäßig zurückhaltend gegenüber dieser Partei geworden. Sie ahnen einmal, daß es mit der nationalsozialistischen Herrschaft nicht allzu lange Zeit währen wird; zum anderen stoßen sie sich an der ewigen öffentlichen Schimpferei des Ministerpräsidenten Röver, die bereits in weiten Kreisen einen Umschwung herbeigeführt hat.

Das jüngste Beispiel ist der Streit Rövers mit der evangelischen Landeskirche, der damit erdelte, daß der Oldenburger Oberkirchenrat Klage gegen den Ministerpräsidenten eingereicht hat. Der Streit nahm seinen Ausgang von dem Vortrage eines schwarzen Missionspredigers, der, aus Afrika kommend, in deutscher Sprache auf Veranlassung der obersten Kirchenbehörde in Nordwestdeutschland kirchliche Vorträge hielt. Der Ministerpräsident belegte diese Haltung der verantwortlichen kirchlichen Personen mit den schärfsten Ausdrücken und Drohungen. Er sprach nicht nur von einer „Rassenbräutigam“, er sprach auch davon, daß man im Dritten Reich mit den Herren vom Oberkirchenrat derart Fraktur reden würde, daß ihnen das Leben nichts mehr bedeuten würde. Daraufhin erhoben sich viele kritische Stimmen in den Kreisen des „besseren“ Bürgertums. Auch die Deutsche Kolonialgesellschaft mißte sich ein und nahm gegen den Ministerpräsidenten Stellung, der das Tun des Oberkirchenrats als „Dummheit“, „Fremdsinn“ und „Verbrechen“ bezeichnet hatte. Eine kompetente Persönlichkeit der außerbürgerlichen Kreise betonte öffentlich in einem Zeitungsartikel, daß, es dem deutschen Staatsbürger nicht zugemutet werden könne, sich von seiner Obrigkeit fortgesetzt in hemmungsloser Weise beschimpfen und beschämen zu lassen und es sei durchaus nicht verwunderlich, wenn endlich aus Summe Erbitterung der furor teutonicus zu dem Entschluß erwacht, kommt was da wolle, sich zur Wehr zu setzen.
 Vergleichene Beispiele wären noch mehr anzuführen. Sie zeigen, wieviel die Dinge in Oldenburg bereits gediehen sind. Sie zeigen auch, daß gerade jene Kreise, die früher dem Nationalsozialismus entweder mit passivem Wohlwollen oder gar aktiver Hilfestellung zur Seite standen, durch die erst so kurze Amtstätigkeit der Nazis auf gründlichste kurtiert zu sein scheinen. Was ihnen durchaus zu gönnen ist.

Die Arbeitslosenunruhen in London

Kommunistisches Fabrikat — Ursache: Bedürftigkeitsprüfung
 Im Parlament stellte der Führer der Labour-Fraktion Lansbury am Mittwoch eine Anfrage wegen der Arbeitslosenunruhen, die in der Dienstag-Nacht in London zu verzeichnen waren.
 Die Demonstration sei, so erklärte der Innenminister, von der nationalen Union Arbeitsloser, einer wohlbelannten kommunistischen Organisation veranstaltet worden. Es sei klar, daß die Angriffe auf die Polizei im Voraus geplant gewesen seien. Die Polizei habe große Zurückhaltung an den Tag gelegt. Ueber 40 Personen seien verhaftet, mehrere Beamte verletzt worden. Die Verhafteten seien am Mittwoch vor dem Polizeigericht vernommen worden. Die Polizei habe eingehende Vorbereitungen getroffen, um Demonstrationen vor dem Verhandlungsgebäude zu verhindern. Es seien Geldstrafen bis zu 40 Schilling und Gefängnisstrafen bis zu drei Monaten verhängt worden.
 Die Ursache für alle Unruhen der letzten Zeit ist die Erbitterung über den zur Voraussetzung der Arbeitslosenunterstützung gemachten Bedürftigkeitsnachweis.

Niemellandtag aufgelöst

Das Direktorium des Niemellandgebiets hat den Niemelländischen Landtag aufgelöst. Die Begründung lautet, daß ein Teil der Wahlberechtigten bei der letzten Landtagswahl im vergangenen Jahre verhindert worden sei, das Wahlrecht auszuüben.

Sachsen gegen Bayern

Annahme eines sozialdemokratischen Antrages im Landtag
 Der Sächsische Landtag nahm am Mittwoch einen sozialdemokratischen Antrag an, der sich gegen die Verfassungen wendet, die Reform der Reichsverfassung auf verfassungswidrigem Wege mit Hilfe des Reichsrates durchzuführen. Die sächsische Regierung wird in dem Antrag aufgefordert, in Berlin scharfsten Protest gegen verfassungswidrige Pläne der Reichsregierung zu erheben.
 Der sächsische Ministerpräsident Schied gab zu dem Antrag eine Erklärung ab, in der es heißt, auf seine Anfrage sei ihm von maßgebender Stelle erklärt worden, daß die Reichsregierung selbst noch keinen festumrissenen Plan habe. Für die Stellungnahme der sächsischen Regierung sei deshalb bisher keine auch nur einigermaßen sichere Grundlage vorhanden.

Amlicher Bericht des Breslauer Schlachtviehmarktes

Hauptmarkt am 19. Oktober 1932
 Der Marktbesuch betrug 471 Rinder, 943 Kälber, 438 Schafe, 2791 Schweine. Ueberstand vom vorigen Markte waren 7 Rinder, — Kälber, — Schafe, 13 Schweine.
 Mitteln Gesamtumsatz: 978 Rinder, 943 Kälber, 438 Schafe, 2791 Schweine.

I. Rinder		978 Stück	Es wurden gezählt für 50 Kilogramm Lebendgewicht 17,50
A. Ochsen:			
a) vollfleischige, ausgewählte höchsten Schlachtwerts	1 jüngerer	27-28	
b) sonst vollfleischiger	2 ältere	19-20	
c) fleischige		12-15	
d) gering genährte			
B. Kühe:			
a) jüngere, vollfleischige höchsten Schlachtwerts		24-26	
b) sonstige vollfleischige oder ausgewählte		20-21	
c) fleischige		12-15	
d) gering genährte			
C. Kälber:			
a) jüngere, vollfleischige höchsten Schlachtwerts		25-28	
b) sonstige vollfleischige oder ausgewählte		17-20	
c) fleischige		12-15	
d) gering genährte		2-10	
D. Stiere (Kaltfleisch):			
a) vollfleischige, ausgewählte höchsten Schlachtwerts		28-30	
b) vollfleischige		20-23	
c) fleischige		13-16	
E. Ferkel:			
a) doppelt oder dreifach		37-38	
b) beste Mast- und Schlachtkühe		31-35	
c) mittlere Mast- und Schlachtkühe		20-25	
d) geringere Kühe			
III. Schafe			
438 Stück			
a) Mastlamm und junger Mastlamm: 1 Weibchen		31-32	
b) Mastlamm und junger Mastlamm: 2 Weibchen		24-26	
c) fleischiges Schaf		14-18	
d) geringgenährtes Schaf			
IV. Schweine			
2791 Stück			
a) fettschmelze über 150 kg (1. Klasse) Lebendgewicht		44-45	
b) vollfleischige Schweine von ca. 200-300 kg Lebendgewicht		43-44	
c) „		41	
d) fleischige		120-150	
e) Sauen und Eber	unter 120 Pfund Lebendgewicht	39-40	

Breslauer Produktentörse vom 19. Oktober 1932

Amliche Notierungen der Breslauer Produktentörse vom 19. Oktober 1932
 An der Börse im Großhandel gezahlte Preise für volle Wagenladungen (Delivert) in kleinen Mengen nicht für Mehl unter 5000 Kilogramm und nicht für volle Wagenladungen in Reichsmark bei sofortiger Bezahlung. Für aus Kartons abgerollte Erzeugnisse.

Tägliche amtliche Notierungen.

Weizen, Roggen, Hafer und Gerste	für 1000 kg = 1 Tonne	hochfrei
Desfanten, Hülsenfrüchte Futtermittel, Mehl	100 kg	Breslau
Sämereien	50 kg	
Kartoffeln Rohpflanz	50 kg ab Erzeugerstation	

Getreide	18. 10.	19. 10.
Weizen (schlächter) neuer Ernte		
Fettschlächtergewicht von 76,0 kg Durchschn. Qual., gesund und trocken	200,00	200,00
Fettschlächtergewicht von 74,0 kg, gut gesund und trocken	198,00	198,00
Fettschlächtergewicht von 69,0 kg, trocken, für Mädelweide verwendbar	184,00	184,00
Sommerweizen, hart, alaska, 40 kg		
Roggen (schlächter) neuer Ernte		
Fettschlächtergewicht von 71,0 kg Durchschn. Qual., gesund u. trocken	155,00	156,00
Fettschlächtergewicht von 69,0 kg gut, gesund und trocken	152,00	152,00
Fettschlächtergewicht von 69,0 kg, trocken, für Mädelweide verwendbar		
Hafer, mittleren Art und Güte	131,00	131,00
Gerste, beste	135,00	135,00
„ gute	130,00	130,00
Sommergerste, mittlerer Art und Güte	130,00	130,00
Wintergerste, beste	130,00	130,00

Substitutionspreis: 65 kg 185,00 Tonsend. Maß.

Amliche Notierungen für Mädelweizen	18. 10.	19. 10.
1. Klasse	27,75	27,75
2. Klasse	27,00	27,00
Foggenweizen (70%)	25,00	25,00
Roggenweizen 05%iges 1. KZ, 05%iges 2. KZ, teurer		

Herriot vor dem Auswärtigen Ausschuss

Paris, 19. Oktober. (Eig. Drahtb.)
 Der auswärtige Ausschuss der französischen Kammer nahm am Mittwoch nachmittags einen Bericht Herrriots über die auswärtige Lage entgegen. Herrriot erläuterte in seinem sehr umfangreichen Bericht u. a. erklärt haben, die französische Regierung halte daran fest, daß die Bestimmungen der Versailler Vertrag zur Prüfung der deutschen Gleichberechtigungserklärung in Genf, d. h. im Rahmen des Völkerbundes, stattfinden.

Was Herrriot gesagt haben soll

Paris, 20. Oktober. (Eig. Funterbericht.)
 Verschiedene Pariser Morgenzeitungen machen aus dem den Abgeordneten auferlegten Schweigegebots nähere Angaben über die Erklärungen, die Herrriot am Mittwoch vor dem Auswärtigen Ausschuss der Kammer abgegeben hat.
 Nach dem „Populaire“ hat Herrriot auf die Frage eines radikalen Abgeordneten, was Frankreich zu tun beabsichtige, wenn Deutschland entgegen den Vertragsbestimmungen aufrüsten würde, geantwortet, daß die französische Regierung den Fall dann dem Völkerbunde zur Prüfung unterbreiten werde. Wenn der Internationale Gerichtshof Frankreich Unrecht geben sollte, so fragte der Abgeordnete weiter; Herrriot erwiderte darauf: Es gibt für diesen Fall zwei Lösungen. Frankreich kann Machtmittel oder juristische Mittel anwenden. Aber ich brauche nicht zu sagen, daß die gegenwärtige Regierung nur zu juristischen Mitteln greifen wird.
 Nach dem „Matin“ hat der radikale Abgeordnete Ribourey, der kürzlich eine Studienreise nach Deutschland unternommen hat, unter Bezugnahme auf die Gründung des Reichskuratoriums für Jugendberufshilfe die Frage der Verletzung des Artikels 177 des Versailler Vertrags angeworfen. Herrriot soll dazu erklärt haben, daß er diese Angelegenheit in den nächsten internationalen Konferenzen zur Sprache bringen werde. Ferner fragte der frühere Handelsminister Kollin den Ministerpräsidenten, ob die französische Regierung nicht den deutsch-französischen Handelsvertrag kündigen werde. Die Antwort des Ministerpräsidenten lautete, daß die Regierung nicht diese Mittel habe, sondern daß sie sich bemühen würde, gewisse Änderungen der Vertragsbestimmungen zu erreichen.

Wie das „Echo de Paris“ schließlich mitteilt, hat der Abgeordnete die Frage aufgeworfen, ob Frankreich, nachdem es von Deutschland keine Reparationszahlungen mehr erhalte, nicht auch seine Schuldenzahlungen an Amerika einstellen würde. Der Ministerpräsident soll dazu erwidert haben: Nein, Frankreich hat nicht das Recht, gegenüber seinen früheren Kriegsverbindlichkeiten die Methode des Carrottierens anzuwenden. Die französische Handelschuld für die Ueberlassung der amerikanischen Kriegsvorräte wird bis auf den letzten Cent bezahlt werden. Am 16. Dezember wird Frankreich also die dafür fällige Rate von 1,6 Milliarden Francs bezahlen. Was die politische Schuld anbetrifft, werden wir versuchen, nach den Präsidentenwahlen eine Annäherung oder wenigstens eine Besserung zu erreichen.

Gehaltsföhrungen in Frankreich

Paris, 20. Oktober. (Eig. Funterbericht.)
 Das französische Kabinett hat am Mittwoch beschlossen, dem Parlament in dem Budget für das nächste Jahr eine Herabsetzung der Beamtengehälter um 2 bis 10 Prozent je nach der Höhe der Gehälter vorzuschlagen. Die ersten 10.000 Francs sollen von jeder Kürzung befreit bleiben. Dagegen hat das Kabinett den Antrag des Finanzministers abgelehnt, die Militärausgaben um Kriegsteilnehmer-Renten herabzusetzen. Es soll eine autonome Pensionskasse geschaffen werden, die das Budget des nächsten Jahres um etwa 2 Milliarden Francs entlasten würde.

Goehls Abschied von Paris

Freundliche Rede Herrriots
 Paris, 19. Oktober. (Eig. Drahtbericht.)
 Ministerpräsident Herrriot gab am Mittwoch dem scheidenden deutschen Botschafter von Goehls ein Abschiedsessen, an dem der Justizminister Renoult, der Innenminister Chaulemps, die Vorsitzenden der auswärtigen Ausschüsse des Senats und der Kammer, der französische Botschafter in Berlin und die hohen Beamten der deutschen Botschaft und des Außenministeriums teilnahmen.

Im Laufe der Veranstaltung richtete Herrriot eine Ansprache an den Botschafter, in der er erklärte, Herr von Goehls habe sich durch seine kluge Vertretung der deutschen Interessen, aber auch durch sein gerades Wesen und durch sein Verständnis für das französische Volk und Land allgemeine Achtung in Paris erworben. Er habe in seiner 12jährigen Tätigkeit in Paris stets mit großer Hingabe für die Wiederverständigung zwischen Frankreich und Deutschland gearbeitet. Hierfür sei ihm der Dank Frankreichs gebührt. Das Ziel der Wiederverständigung bleibe bestehen und er, Herrriot, glaube, daß es trotz aller Schwierigkeiten nicht unerreichbar sei. Der Ministerpräsident sprach dem Botschafter zum Schluß die besten Wünsche für seine weitere Laufbahn aus und bat ihn, seine Freunde in Frankreich nicht zu vergessen, die ihm ihrerseits die Treue bewahren würden. Als Andenken an seine Pariser Tätigkeit überreichte der Ministerpräsident dem Botschafter einen Tafelauftrag aus Sevres-Porzellan.

Von Goehls dankte dem Ministerpräsidenten für die warmen Abschiedsworte und das ihm überreiche Geschenk. Er führte weiter aus, daß er während seines Aufenthaltes in Paris sehr ernsten und launten entwirrbaren Problemen gegenübergestanden habe, die aber stets doch gelöst worden seien. Er habe daher die Ueberzeugung, daß auch die letzte politische Frage (die Gleichberechtigungsforderung) in befriedigender Weise geregelt werden könne und daß dann das von Ministerpräsidenten gekennzeichnete Ziel einer friedlichen Verständigung in großer Nähe liege. Der Botschafter schloß seine Rede mit dem Wunsch, daß die Welt von den schweren Sorgen, die gegenwärtig auf ihr lasten, möglichst bald befreit sein möge.

Vor dem Essen hatte der Botschafter dem Ministerpräsidenten die ihm vom Reichspräsidenten verliehene Goehls-Medaille nebst Verleihungsurkunde überreicht. Diese Ehrung hat in Frankreich einen außerordentlich guten Eindruck gemacht. So schreibt z. B. der „Paris Soir“: „Es ist ein Ereignis von großer Bedeutung, daß in einem Augenblick, in dem so ernste politische Meinungsverschiedenheiten Frankreich und Deutschland trennen, der französische Ministerpräsident als Schriftsteller und Denker von der deutschen Regierung ausgezeichnet werden kann.“

Erste Lage in Wien

58 Schönbühler verhaftet — Mißtrauensantrag der Sozialdemokraten gegen Dollfus
 Wien, 19. Oktober. (Eigener Drahtbericht.)
 Am Donnerstag beginnt die Herbsttagung des Nationalrats. Die sozialdemokratische Partei wird einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung einbringen. Die Sozialdemokraten werden jedoch im Nationalrat den Antrag stellen, Arzway für den 27. November auszuschließen.
 Wien, 20. Oktober. (Eigener Funterbericht.)
 Von den in Simmering am 18. Oktober verhafteten 58 Schönbühler wurden in das Landesgerichtsgefängnis überführt.

Voranzeige!

Wir bringen den größten und gewaltigsten Kriegsfilm aller Zeiten von Freitag, den 21. Oktober, bis Sonntag, den 30. Oktober

Das Völkerringen an der Westfront

„Das Heldentum der deutschen Waffen“

Dieses Riesenspektakel stellt alles bisher Dagewesene weit in den Schatten... bisher war es nicht möglich, einen Kriegsfilm so grandios, erschütternd, realistisch von der Westfront zeigen zu können, wo Millionen deutscher Soldaten litten und starben — „Die Hölle der Westfront“. Hier offenbart sich zum ersten Male der gewaltige Krieg in allen seinen furchtbaren Schrecken und Ringen in sämtlichen Einzelheiten... „Noch nie haben menschliche Augen Größeres und Gewaltigeres gesehen!“

Im II. Teil: Ein weiterer Großfilm der deutschen Kriegsmarine!

Panzerkreuzer Emden III fährt um die Welt

Die Aufnahmen erfolgten unter persönlicher Leitung des Obermaschinenführers BORCHERS.

Die 2-jährige Emden-Weltreise als einzig bestehende Original-Aufnahme.

Diese beiden Großfilme von ungeheurer Wucht und Spannung laufen in einem Programm (Spieldauer 2 1/2 Stunden)

Beachten Sie bitte morgen Hauptinsert!

KONZERTHAUS

Jugendliche haben Zutritt!

Familien-Anzeigen

Am 19. Oktober verschied nach kurzem, aber schwerem Leiden, für uns zu früh, meine liebe Frau, unsere gute Tochter, Schwiegertochter, Schwester, Schwägerin und Tante

Martha Janotta

geb. Turkowski

im besten Alter von 41 Jahren.

Breslau, den 20. Oktober 1932.

Mathiasstraße 12b

im Namen der trauernden Hinterbliebenen

Josef Janotta.

Beerdigung: Sonnabend, nachmittags 4 Uhr, von Halle 1, Oswitzer Friedhöfe. 6734

Paradeur-Verein der Klempnergesehen zu Breslau.

Am 19. Oktober verschied unser wertiges Mitglied

Frau Martha Janotta

im Alter von 41 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

Der Vorstand,

I. A.: Karl Streibel

Beerdigung: Sonnabend, den 22. Oktober, nachmittags 4 Uhr, von der Halle 1 der Oswitzer Friedhöfe

GEBLIRTS-VERLOBLINGS- HOCHZEITS-TODES- ANZEIGEN

hebet schnell die

Volkswacht-Buchdruckerei

Flurstraße 6.

Pfänder-Versteigerung

Am 3. November 1932, nachmittags von 9 Uhr ab, findet in unserem Versteigerungsraum

Berliner Platz 2

die öffentliche Versteigerung der nicht eingelösten Pfänder

gelbe Scheine bis Nr. 80000

(Möbel, Fahrräder, Betten, Wäsche, Anzüge usw.) Natl. Pfandanstalt RRR. 13.

Verlängerungen von zu Versteigerungen fälligen Pfändern erfolgen an den beiden letzten Tagen vor der Versteigerung nicht.

Ueberschüsse aus den versteigerten Pfandgegenständen können innerhalb eines Jahres im Hochhaus am Ring 9/11, Zimmer 303, abgeholt werden, anderenfalls sie in das Eigentum der Stadtgemeinde übergehen.

Breslau, den 15. Oktober 1932

Gemeinnütziges Pfandleihhaus der Stadt Breslau G. m. b. H.

3065

Schubert.

Nazi-Paradiese

in den Gemeinden

Berichte aus Koburg, Mecklenburg, Braunschweig

Die neue Werbebroschüre

Preis 10 Pf.

Unser Aufbau!

Eine neue Kampfschrift

Preis 10 Pf.

Zu haben in der

Buchhandlung Volkswacht

Breslau, Flurstraße 4

An alle Herren!



Morgen Freitag nachm. 3 Uhr

eröffnen wir Breslau's neuestes Spezialgeschäft!

Wir werden

Herren- und Knabenkleidung

zu niedrigsten Preisen

bringen, sozusagen aus erster Hand, denn wir fabricieren jedes Stück selbst, und viele prominente Firmen in ganz Deutschland beziehen ihre Waren von uns. Sie sollen sich jedoch Ihr Urteil selbst bilden.

Besichtigen Sie also unsere Schaufenster! Sie werden Ihnen sagen, daß wir hinsichtlich Auswahl, Qualität und Preiswürdigkeit in der vordersten Reihe stehen!

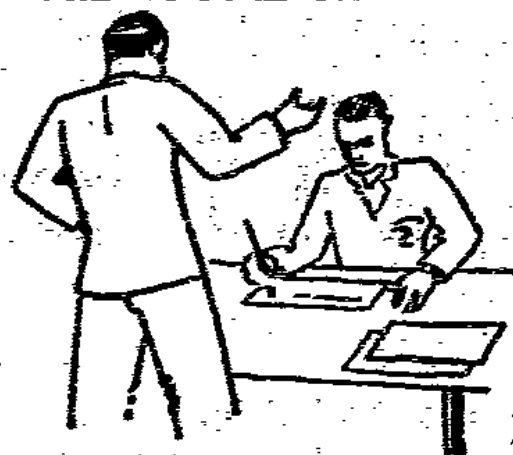
BRINNITZER

GEORGE

BRESLAU-REUSCHESTR. 16-17

2 Minuten vom Ring

Mitglied der KUNDEN-KREDIT-G. M. B. H.



So geht das nicht weiter!

Wir haben an der falschen Stelle gepart, unserer Konkurrenz die Taschen gefüllt.

Von morgen an erscheinen unsere Anzeigen wieder in der unerschütterlichen Volkswacht!

Die der Weltkrieg entstand.

Das amtliche Uffmanierat und die Handzeichnungen des Autors 160 Seiten - Preis nur 60 Pf. Volkswacht - Buchhandlung.

Die Gesellschaft

INTERNATIONALE REVUE FÜR SOZIALISMUS UND POLITIK

Volkswacht-Buchhandlung Breslau, Flurstraße 4.

STADTTHEATER

Donnerstag, 20 bis geg. 22.30

Abendvorstellung D 4

Mitter Wu

Freitag, 19.30 bis 21

Der Teufelsreiter

Sonnabend, 20 bis gegen 22

In vollständiger Feinreinigung

»Elektra«

LOBETHÉATER

Täglich 20.15 bis 22.55

Glaismund

Sonnabend 20.15 bis täglich

Die endlose Straße

Sonntag, 15.30 bis 17.35

Spiel im Schloß

GERHART-HAUPTMANN- THEATER

Täglich 20.15 bis 22.15

Meine Schwester u. ich

Sonntag, 15.30 bis 17.15

Die verfunzene Glocke

SCHAUSPIELHAUS

Tägl. 2 x 16.30 u. 20.15 Uhr

Der fidele Bauer

nachm. 3.00 — 2.50

abends. 3.00 — 2.50

Borwert Täglich ab 11 Uhr

Theaterkaffe. Telefon 563 000.

Sonntag Nachm. Abendpreise.

Maler-Anzüge

Kombination 5.50

Hosen 3.00, 2.25

Kittel 3.50, 2.75

A. Mailowitz

Klosterstraße 23

Kein Laden?

Dam.-Mäntel a. Seide u. schalktrag. a. Kravatte 14.50

Damen-Loden- u. Sport-Mäntel 7.95

Eigene Anfertigung.

Fuchs, Friedr.-Wilh.-Str. 21

1. Eine Treppe.

Betten

spottbillig und gut

sowie Sachen jeder Art

Volks-Leihhaus

Weihenburger Straße 35

Modernes Naßbaum-

Speisezimmer

Büfett, Vitrine, Ausrichtungs- 6 Polster- stühle nur RM. 585,-

S. Brandt & Co.

Cartenstr. 65, I. (neben Capitol)

Erwerbslose Damen

Von Montag — Freitag ein

Bezugschein 0.40

Indulieren... 0.40

um bei Mendel

Breite Straße Nr. 2

Arbeitshofen

für alle Berufe (Lohn u. Schick)

Krywalski, Schmiedestraße

2036 Moltestr. 12.

Prachtvolle

Teppiche

2 x 3, durchgew. nur 25,- 20,-

2 x 3, durchgew. nur 10,- 10,-

gute, mod. Muster. Besten

nach auswärtig!

Sonnenstr. 30, Friedländer

kleine Anzeigen

And komp. gef. ein- u. ein- u. ein-

malige Anzeigen des Verlags

Neuauflagen u. a. nur von

Privaten. Wort 3 Pfennig.

— 10 Pf. —

Getragener Damen-Winter-

Mantel, Größe 40 oder 42

billig zu verk. Flurstr. 41.

Die kleine Anzeigen

die Du aufgeben magst

wenn Du nicht, ein

sehen und lernen will

gehört in Deine Zeitung

in die Volkswacht

Dort ist sie billiger ab-

in der bürgerlichen Zeit-

und bringt Dir

bestimmte Erfolge



Die Kleidung

für Herbst und Winter

Loden-Mäntel / Gummi-Mäntel

Herbst-Mäntel / Winter-Mäntel

Eigene Anfertigung

daher nur beste Qualitäten

und größte Preiswürdigkeit

Oskar Dehmel

Breslau, Neumarkt 15

Bettfedern

laufen Vertrauenssache

der Böhmisches Bettfedern-Niederlag

Friedrich-Wilhelm-Straße 45, I. 100

Kein Laden!

Sozialistische Arbeiterjugend bekennt sich zum demokratischen Sozialismus Vom Kongress der Sozialistischen Jugend-Internationale

Die furchtbare Krise des Kapitalismus, die gegenwärtig die Jugend aller Völker in eine verzweifelte Lage versetzt, beweist erneut und eindeutig, daß der Kapitalismus unfähig ist, der Menschheit dauernden Wohlstand und Frieden zu bringen. Die inneren Widersprüche des auf Konkurrenz und Profitstreben aufgebauten kapitalistischen Systems lösen immer wieder ökonomische und politische Krisen, Massenarbeitslosigkeit und Kriegsgefahren aus.

Die Krise des Kapitalismus hat in vielen Ländern eine bedrohliche Erstarkung der politischen Reaktion zur Folge gehabt. Sie zwingt die Arbeiterklasse zu einem Verteidigungskampf für die Demokratie. Ungeachtet dieser Tatsache bekennt sich der Kongress erneut und feierlich zu den Grundsätzen der Demokratie, ohne sich einer Täuschung darüber hinzugeben, daß die demokratische Staatsform auch die Klassenherrschaft der Bourgeoisie ermöglicht. Ist der Kongress überzeugt, daß die Demokratie der einzigste Kampfmodus für das Proletariat und die sicherste Grundlage für den Aufbau der sozialistischen Gesellschaft ist.

Mit besonderer Wucht treffen die politischen Folgen der Krise Deutschland. Dort wenden sich breite, vor allem kleinbürgerliche Massen und deren Jugend von der Demokratie ab, der sie die Schuld für ihre Verelendung zuschreiben, die in Wahrheit die kapitalistische Krise und die Politik der bürgerlichen Regierungen verursacht hat. Außerdem ist durch die kurzfristige Politik der Siegerstaaten die Propaganda der nationalsozialistischen und faschistischen Parteien in Deutschland genährt worden.

Die Kämpfer dieser Entwicklung sind in erster Linie die nationalsozialistischen und militaristischen Kreise, die jetzt den Versuch unternehmen, auf dem Wege über die Arbeitsdienstpflicht und über eine sogenannte Jugendertüchtigung die Jugend im Geiste des Nationalismus und des Militarismus zu erziehen. Der Kongress wendet sich gegen jede Form der Arbeitsdienstpflicht und der normilmilitarischen Erziehung und fordert die angeschlossenen Verbände in allen Ländern auf, in diesem Sinne nachdrücklich zu wirken.

Der Kampf der Arbeiterklasse für die Demokratie wird ferner erstarkt durch die Politik der Kommunisten. Die Haltung der Kommunisten ist um so gefährlicher, als die Gewaltspolitik der kapitalistischen Mächte zur Behauptung ihrer Herrschaft die Einheit der Aktion der Arbeiterklasse dringender als je notwendig macht. Diese Einheit ist allerdings nicht zu erreichen durch die Einheitsfrontmanöver der Kommunisten, sondern nur durch eine Verständigung der internationalen Organisationen der Arbeiterklasse. Die Sozialistische Jugend-Internationale betrachtet es als ihre Pflicht, ihre ganze Kraft in den Dienst dieser Aufgabe zu stellen.

Die Aufgabe der Sozialistischen Jugend-Internationale im Kampf um die Demokratie ist es, der Jugend durch unermüdete Erziehung und Aufklärungsarbeit klarzumachen, wie bedeutsam die Demokratie als Kampfmodus für den Sozialismus ist. Sie muß ferner der Jugend zeigen, daß nicht einzelne Führer die Beherrschung von den gegenwärtigen Zuständen bewirken können, sondern, daß es Aufgabe der Massen ist, in Erkenntnis der gesellschaftlichen Möglichkeiten, in Selbstverwaltung und unter eigener Verantwortung ihr Schicksal zu gestalten.

Die sozialistischen Jugendverbände haben aber auch die Pflicht, überall dort, wo der Faschismus sich rüstet, die Demokratie gewalttätig zu vernichten, die Jugend planmäßig zur politischen Wehrhaftigkeit gegen alle Angriffe des Faschismus zu erziehen.

Aller Demagogie der faschistischen Reaktion stellen wir das Bild des Sozialismus entgegen. Im täglichen Kampf für den Sozialismus und in enger Kampfgemeinschaft mit der Sozialistischen Arbeiter-Internationale und dem Internationalen Gewerkschaftsbund wollen wir die junge Generation einem wahrhaft menschenwürdigen Leben entgegenführen.

17. Dies war als Entschließung zusammengefaßt die Stellungnahme des vierten Kongresses der Sozialistischen Jugend-Internationale, der von Sonntag bis Dienstag in Prag tagte und in dieser kurzen Spanne eine überaus reiche, vorwiegend auf dem Gebiet der politischen Stellungnahme liegende Tagesordnung zu bewältigen hatte. Wenn je früher Zweifel darüber geäußert wurden, ob es zweckmäßig und angebracht sei, die sozialistische Jugendbewegung vorwiegend politisch auszurichten, so ist nunmehr, dies zeigte der Prager Kongress im Vergleich zu seinen Vorläufern deutlich, volle Einmütigkeit über Notwendigkeit politischer Erziehung und Stellungnahme der proletarischen Jugend vorhanden, mögen auch die Gesichtspunkte, aus den Verhältnissen und Bedingungen des Klassenkampfes der einzelnen Verbände verschiedene sein.

Der Prager Kongress stand vorwiegend im Zeichen eines politischen Referates des Genossen Friedrich Adler, des Sekretärs der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, der zu der Frage der Stellung zur Demokratie in äußerst fesselnden Ausführungen sprach, denen eine recht lebhaft und interessante Diskussion folgte. Genosse Adler unterschied die einzelnen Ländergruppen Europas in denen die Demokratie als politisches Prinzip gefestigt erscheint, in denen die Demokratie durch faschistische Gewaltakte zu Boden geworfen wurde, in denen wie in Deutschland der Faschismus im Fortschreiten ist, um die Macht kämpfe ohne sie aber voll errungen zu haben und die Länder, in denen eine Arbeiterklasse als politischer Faktor überhaupt noch nicht in Erscheinung tritt, und beschäftigte sich eingehend mit dem Problem, daß eine faschistische Bewegung wie in Deutschland auf dem Boden der Demokratie Erfolge zu erringen vermochte. In kritischer Bewertung der Ergebnisse deutscher Politik warnte er vor dogmatischer Festlegung auf taktischem Gebiet und zeichnete in großen Umrissen die Aufgaben der theoretischen Klärung der internationalen Arbeiterbewegung heraus und der die bevorstehende internationale Konferenz dienen soll.

Zur Frage der Abklärung sprachen der neue Vorsitzende der Jugend-Internationale Gen. Borzink-Amsterdäm und Senator de Broutere-Belgien. Hier ergab die äußerst ausgedehnte Diskussion ein mannigfaltiges Bild vom Stand der Arbeiter-

bewegung in den einzelnen Ländern im Kampf gegen Militarismus und Kriegsausrüstung, wobei die Stellung der reichsdeutschen S.A.J. von Genossen Fritz Ohlig, dem früheren mittelschlesischen Bezirksvorsitzenden umrissen wurde. Das eigentliche Lebensproblem des heutigen Jungproletariats, die arbeitende Jugend in der Krise, behandelte schließlich Genosse Kimm-Wien, der als Referent der Arbeiterkammer für das Beihilfswesen aus reichen Erfahrungen eindrucksvoll die verheerenden und zerrüttenden Wirkungen der Wirtschaftskrise im materiellen und geistigen Leben der proletarischen Jugend schilderte, sich scharf gegen die Arbeitsdienstpflicht wandte und von wertvollen Erfahrungen der österreichischen Genossen auf dem Gebiet der Arbeitsfürsorge für erwerbslose Jugendliche berichtete. Auch zu diesen Themen wurden die Diskussionen in Entschließungen niedergelegt, die wir anderer Stelle wiedergeben.

Das Gesamtbild des Prager Kongresses zeigte nicht den festlich bewegten Charakter der Beratungen in Wien, die dem

25 Jahre Jugend-Internationale Die Jubiläumfeier des Prager Kongresses

Am Nachmittage des Eröffnungstages des Internationalen Kongresses fand in der Klubnosa Bursa eine Feststunde zum 25-jährigen Bestehen der Jugend-Internationale statt. Mit Fanfarengeklänge marschierten Prager deutsche und tschechische Jugendliche, geführt von einer Fanfarengruppe der Dresdener Jugend, durch den Saal zur Bühne.

Mit dem prachvollen Kampfliede der tschechischen Arbeiter, der „Rote Fahne“, wird die Kundgebung eröffnet. Ein Chor der Prager deutschen Arbeiterjugend folgt, dann reihen sich die Sprechstühle der tschechischen und deutschen Genossen an, wobei die hinhaltenden sprachliche Reizmittel und Ausdrucksform des tschechischen Sprechers, der die melancholisch-rebellischen Dichtungen des aus dem Karwin-Ostauer Revier stammenden Arbeiterdichters Petruc vorzutrug, besonderen Beifall fand. Die Genossen Kajaal, Kern und Wadura begrüßen im Namen des tschechischen, deutschen und polnischen Jugendverbandes in der Tschechoslowakei die Versammelten, in ihren Ansprachen freudig die langjährige innige und fruchtbare Zusammenarbeit der sozialistischen Jugendverbände aller Nationen der Tschechoslowakei betonend.

Freundlicher Beifall heißt den Genossen Karl Heinz willkommen, der nun die Geschichte der proletarischen Jugendbewegung, die Gründung der Jugend-Internationale auf dem Stuttgarter Kongress, die Entwicklung dieser Verbindung bis zum Kriege, mit bewegten Worten dann die unbeirrbar Kriegesgegnerlichkeit der sozialistischen Jugend während des Krieges schildert, den mühsamen Wiederaufbau der durch den Krieg und durch den Bolschewismus zerrissenen Internationale schildert und seine Rede ausklingen läßt in die Verheißung, daß die sozialistische Jugend ihrer besonderen Aufgaben in unserer Zeit immer eingedenk bleiben, daß sie ihre internationalen Kampfpflichten, ihre Pflichten im Kampfe um den Sozialismus erfüllen wird.

In den langanhaltenden Beifall, der dem Genossen Heinz für seine Rede dankt, mischt sich die Begrüßung des Genossen Taverle, der in tschechischer und deutscher Sprache die enge Verbundenheit des Internationalen Gewerkschaftsbundes mit der Sozialistischen Jugend-Internationale, der Massen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter mit der Sozialistischen Jungarbeiterklasse betont. Als dann aber Genosse Friedrich Adler, der Sekretär der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, auf die Tribüne tritt, dröhrt kühnlicher Jubel aus. Genosse Ohlig bringt ein Hoch auf den Führer der sozialistischen Arbeiterklasse aus, in das die Versammlung begeistert einstimmt. Dreimal brausen Freiheitstriebe durch den Saal. Dann aber wird es still. Der Vertreter der Sozialistischen Arbeiter-Internationale beginnt zu sprechen:

Die Sozialistische Arbeiter-Internationale sendet Euch zu Eurem Jubiläumskongress die herzlichsten Wünsche. Sie sendet Euch nicht als eine Organisation von außerhalb, sondern sie sendet Euch als eine Organisation, die mit ihr auf das Innigste verbunden ist, die mit ihr zusammenarbeitet, die mit ihr, wenn ich so sagen darf, eine Familie bildet, in der wir die Erwachsenen, Ihr die Jugend seid. Aber, um alle Befürchtungen von vornherein auszuschließen, nicht eine Familie, die Euch irgendwie in Eurer Autonomie eingreifen wird, sondern die moderne Erziehungsmethoden anzuwenden wünscht, die Euch mit

Deutschland wieder ein Wintermärchen

Stell wieder her das Halsgericht, Das peinliche, Karls des Fünften. Und teile wieder ein das Volk, Nach Ständen, Gilden und Zünften.

Das alte heilige Römische Reich, Stells wieder her, das Ganze; Gebt uns den modrigsten Plunder zurück, Mit allem Firlefanz.

Heinrich Heine. Deutschland — ein Wintermärchen.

internationalen Jugendtreffen 1929 folgten, dafür aber eine starke Vertiefung der Zusammenarbeit der Verbände und eine nicht unwesentliche Verbreiterung der Aktionsbasis der Sozialistischen Jugend-Internationale, der neuerdings auch die Jugendgruppen der englischen Labourparty, der flämische Jugendverband in Belgien und eine österreichische Mittelschülerorganisation beitraten, während der bisher noch nicht angeschlossene sozialistische Jugendverband Rumäniens ein herzliches Begrüßungstelegramm gesandt hatte. In organisatorischer Beziehung wurde prinzipiell die Anstellung eines Sekretärs beschlossen (bisher verwaltet Genosse Othenauer-Berlin ehrenamtlich das internationale Sekretariat) und die Beziehungen der Schülerorganisationen zur S.A.J. geregelt. Bei der Wahl des Vorsitzenden gab es allerdings leider Unstimmigkeiten, da der Vorschlag des Exekutivkomitees, den Genossen Borzink-Amsterdäm, an Stelle des ausscheidenden Genossen Heinz-Wien zu wählen, von dem österreichischen Verband nicht akzeptiert wurde. In einer Erklärung des österreichischen Verbandsobmannes Genossen Kanig wurde zwar betont, daß Genosse Borzink als Person durchaus ihre Sympathie genieße, aber als Exponent der vorwiegend kulturell und stark auf Zusammenarbeit mit bürgerlichen Verbänden abgestellten tschechischen Bewegung Bedenken erzeuge. Bei der Abstimmung nach Kongressstimmen erhielt Genosse Borzink 92 gegen 15 Stimmen; der russische Delegierte hatte ebenfalls gegen ihn gestimmt, die italienische Delegation sich der Stimme enthalten. Einstimmig wurde hingegen die Bezeugung des Banns der Internationale mit den Genossen Othenauer-Deutschland als Sekretär, Wallemheim-Schweden und Lubry-Belgien als stellvertretende Vorsitzende und Kajaal-tschechischer Verband in der Tschechoslowakei sowie Kanig-Österreich als Beiführer vorgenommen.

vollstem Bewußtsein die Freiheit der Entschlüsse, die Freiheit der Beratung, die Freiheit Eurer Aktion überläßt.

Genosse Heinz, Euer Vorsitzender, hat in seinem Referat ein Bild der Entwicklung der Sozialistischen Jugend-Internationale in den letzten 25 Jahren entworfen. Wenn ich nur auf die letzten neun Jahre zurückblicke und mich frage, ob wir in der Zeit seit dem Hamburger Kongress etwas erreicht haben, dann brauche ich nur diese heutige Versammlung anzusehen, in der deutsche und tschechische Genossen brüderlich miteinander vereint sind, um zu wissen, welche Fortschritte wir in diesen neun Jahren errungen haben. (Beifall.)

Genossen und Genossinnen! Die Jugend ist heute der unstrittigste Teil der Arbeiterklasse, um die Jugend geht der Kampf und jene Bewegungen, die ganz neuen Danks sind, die sozialistischen Bewegungen, die nationalsozialistischen Bewegungen, sie gehen alle daran, die Jugend für sich zu gewinnen. Und da sind diese Bewegungen, unsere Feinde, zunächst in einer günstigeren Lage als wir selber. Sie haben einfachere Formen, als wir sie haben. Die Rekruten kommen zu der Jugend und verführen: Geld und Beförderung, unser Herrgott wird es schon schaffen! Die Faschisten kommen und sagen Was wollt Ihr, Mussolini wird es schon schaffen! Die Nationalsozialisten kommen und sagen: Seht, Hitler wird es schon schaffen! Und die Kommunisten schließlich predigen auch den Wunderglauben: Stalin, er wird es schon schaffen!

Wir dagegen sind gegenüber diesen einfachen Versprechungen auf die Wandertäter in der viel schwierigeren Lage, daß wir den jungen Arbeitern zu sagen haben: Ihr müßt es selber schaffen! (Beifall.) Unsere Arbeit, unsere Methode, sie hat ein anderes Ziel, sie hat den Zielpunkt des Dauererfolges, der in der wahren Aufklärung, in der wahren Erkenntnis gelegen ist.

Wir haben in der Sozialistischen Arbeiter-Internationale und in der Jugend-Internationale vor allem den Kampf zu führen gegen die Kriegsgesfahr und für die Abrüstung. Aber da genügt es nicht, nur Propaganda zu treiben, sondern es ist nötig, den herrschenden Klassen zu sagen, daß das, was 1914 geschehen ist, sich niemals wiederholen kann. (Beifall.) Die Herren mögen wissen, daß, wenn es noch einmal zu einem Kriege kommen sollte, die Arbeiter, wenn sie überhaupt von den Waffen Gebrauch machen würden, sie sicher niemals gegeneinander mehr lehren würden. (Stürmischer Beifall.)

Der Kampf für den Frieden, der Kampf gegen den Krieg, der Kampf gegen den Faschismus, der Kampf für die Demokratie, sie können von uns nur gelöst werden im großen Vichte unserer Grundaufassung, daß es sich um den Kampf gegen den Kapitalismus, um den Kampf für den Sozialismus handelt.

Die nächsten 25 Jahre Eurer Jugend-Internationale sind nach meiner Überzeugung entscheidend für die Welt und deshalb glaube ich, daß ich meine Ausführungen schließen kann, indem ich Ihnen zurufe: Nehmt alle Kraft zusammen für den Kampf, der Euch auferlegt ist, für den schweren Kampf in der nächsten Zeit, denket daran, was auf dem Spiele steht und vereint Euch mit uns in dem Rufe: Die Sozialistische Jugend-Internationale, sie lebe hoch! (Stürmischer, langanhaltender Beifall, begeisterte Hochrufe.)

Nach einer weiteren Ansprache des tschechischen Senatspräsidenten Genossen Soukup schließt ein tschechischer und ein deutscher Sprechtor die feierliche Kundgebung ab. Die auf der Tribüne versammelten deutschen und tschechischen Jugendgenossen stimmen die „Internationale“ an, die Versammlung erhebt sich, stimmt mit ein, in allen Sprachen Europas erklingt der allen Unterdrückten gemeinsame Kampfgesang.

Unfreiwilliger Arbeitsdienst

Die mitunter problematische Freiwilligkeit des freiwilligen Arbeitsdienstes wird treffend charakterisiert durch ein Schreiben, das der Senat des Reiches Wiltberg den Jugendlichen zuschickte, die sich für diese Art der Wirtschaftsanforderung nicht begeistern:

„Sie haben sich auf meine Aufforderung nicht zum freiwilligen Arbeitsdienst gemeldet. Zur Überwindung der ausgefüllten Arbeitskräfte fehlt es Ihnen eine Woche um drei Tagen. Seht innerhalb derselben Woche nicht ein, dann muß ich annehmen, daß Sie nicht mehr Arbeitsfähig im volkrechtlichen Sinne sind. Ich werde dann prüfen, von welchem Zeitpunkt ab die Zahlung der Unterstützung eingestellt werden muß.“

Freiheit!



Überall leben sich heute die Tausende und überall hört der erschrodene Bürger den kräftigen, weltanschaulichen Grub: „Freiheit!“

Der Wort als Gärtner

In Berlin ist der frühere Leiter der Reichs-
bahnpolizei Magdeburg, Oberinspektor Roth,
festgenommen worden, weil er an Eisenbahn-
arbiträren beteiligt gewesen ist. Außerdem wurde
ein Braunschweiger Bahnpolizeibeamter fest-
genommen. Es ist anzunehmen, daß noch mehr Festnahmen
erfolgen. Roth wird ferner Unterschlagung von Lohn-
geldern zur Last gelegt.

Vor zwei Jahren geschah in Braunschweig Duzende von
Eisenbahnunfällen, ohne daß man die Täter fassen konnte. Die
Zerstörung der Bahnanlagen geschah immer nur an Stellen, wo
sich gerade keine Polizeibeamten aufhielten. Ueber fünfzig
Kriminal- und Schuppalizeibeamte waren ständig mit Hund an
untermwegs, um die Eisenbahnunfälle zu fassen. In einer
Nacht wurde sogar auf die Polizeibeamten geschossen.
Der braunschweigische „Volksfreund“ behauptete damals schon,
daß die Täter in den Reihen der Bahnpolizeibeamten zu suchen
seien. Die Eisenbahndirektion Magdeburg hatte sich nämlich für
diesen Dienst nur national zuverlässige Leute
ausgewählt. Am liebsten wurden Stahlhelmer und
Nationalsozialisten eingestellt. Der Mitglied des
Deutschen Eisenbahnerverbandes war, wurde nicht aufgenommen.
Die Angriffe auf die Signaleinrichtungen geschahen immer nur
in dunklen Nächten. Auf Grund der Behauptung des „Volks-
freund“ entstand ein Streit zwischen dem Polizeipräsidenten in
Braunschweig und der Reichsbahndirektion Magdeburg. Die
Braunschweiger Kriminalpolizei lehte schließlich durch, daß sie
die Oberleitung des Bahnüberwachungsdienstes
erhielt. Mit diesem Tage hörten die Angriffe auf die Bahn-
anlagen auf. Es wurde keine Schiene mehr gelodert, kein Draht
mehr durchschnitten und auch nicht mehr auf fahrende Züge
geschossen. Die Beamten hatten die Verbrechen begangen, um die
Notwendigkeit des Bahnüberwachungsdienstes zu beweisen.

Neben eines Großmauls

Der bekannte buddhistische Mönch Trebitzsch-Lincoln
wurde am Mittwoch in Brüssel verhaftet und aus Belgien
ausgewiesen. Er reiste am Nachmittag nach Berlin
zurück.

Der Berichtskatter des „Soz. Pressebüros“ hatte Gelegen-
heit, mit ihm im Zuge von Brüssel bis Lüttich zu sprechen. Lin-
coln äußerte sich mit großer Offenheit über seine Lebenserfahrungen,
seinen Kampf gegen England während des Krieges und nach dem
Kriege, seine Rolle im Kampfe mit und seine Ver-
handlungen mit Ludendorff und den österreichischen
und ungarischen Monarchisten, ferner über seine politische
Tätigkeit in China und schließlich über seine Befreiung
zum Buddhismus und seine Rolle als buddhistischer Mönch.
Er sprach mit größter Entrüstung über die Art und Weise, wie
er von den belgischen Behörden behandelt wurde und diktierte
dem Korrespondenten des „Soz. Pressebüros“ eine Erklärung,
die er unterschrieb und in der es zum Schluß heißt:

„Ich weiß natürlich, daß ich diese Behandlung den deut-
lichen Nationen der britischen Regierung zu danken habe und die Zeit ist gekommen, deutlich zu sprechen.
Ich warne die britische Regierung, mich in Ruhe zu lassen; denn
sonst wird die gerechte Strafe für ihre Missetaten schnell über sie
herabdrücken. Es gibt etwas Härteres in der Welt
als den britischen Geheimdienst. Das ist die Ehr-
lichkeit, Wahrheit und Gerechtigkeit, und die britische Regierung
wird das bald erfahren.“

Er unterschrieb diese Erklärung mit Chao Kung. Das
ist sein chinesischer Name als buddhistischer Mönch. Auch sonst
ließ er Drohungen aus gegen die englische Re-
gierung und sagte, er sei nach Europa gekommen, um hier zu
bleiben und eine rein geistliche Tätigkeit im Sinne des Buddhis-
mus zu entfalten. Wenn die englische Regierung ihn aber weiter
nicht in Frieden lasse, dann werde er nach Asien zurück-
kehren und dafür sorgen, daß England aus Asien hin-
ausgejagt werde. Er habe die Macht dazu. Ueber die bel-
gische Regierung sagte er: „Wenn ich mich rächen wollte, könnte
ich es leicht tun. Ich brauchte nur nach China zu telegraphieren,
daß man einen buddhistischen Mönch auf diese Weise behandelt
hat, und dann würden die katholischen belgischen Missionare in
China nicht mehr lange bleiben wollen.“

Der gefällige SA-Mann

Der während einer Autofahrt an den Direktor der aut-
garischen Betriebsbeobachtungsstelle Sofia, Arum Dimitroff,
auf der Landstraße Wien-Salzburg verübte Mord ist nunmehr
erklärt. Täter ist der aus Leipzig kommende Kaufmann
Georg Schirmer; außer ihm wurden seine Frau, der SA-Mann

Chauffeur Goldik und seine Freundin, die von der Tat gemüht
haben, festgenommen. Schirmer hat Dimitroff unter dem Vor-
wand geschäftlicher Besprechungen nach Deutschland gelockt und
dann auf einer Autofahrt zwischen St. Pölten und Linz aus
Rache erschossen. — Motiv: Dimitroff hatte zur Ehefrau
Schirmers, die mit ihrem Mädchennamen Balka Koch hieß, in
seiner Studienzeit intime Beziehungen unter-
halten, dann aber Balka Koch im Stich gelassen. Nach der Tat
wurde der Leichnam von Schirmer und seiner Frau noch mehrere
Stunden lang im Auto mitgeführt und schließlich in den Bied-
flus geworfen. Der SA-Mann hatte sich als Chauffeur bereit-
gefunden, nachdem ihm von Schirmer erzählt worden war, daß
es sich darum handle, einen gefährlichen Spion zu „erledigen“.

Locomotive gegen Omnibus

In einem Bahnübergang an der Stadtgrenze von Halle
wurde am Mittwochnachmittag ein Omnibus von der Locomotive
eines Kleinbahnzuges erfasst. Der Omnibus wurde völlig
zertrümmert; die Locomotive stürzte eine vier Meter
hohe Böschung hinab. Der Besitzer des Autos und eine
bisher unbekannte Frau wurden getötet; sieben Personen,
unter ihnen der Locomotivführer und der Heizer, erlitten schwere
Verletzungen. Der Locomotivführer Parthier ist inzwischen
gestorben.

Zuchthaus für einen betrügerischen Bankier

Das Schöffengericht in Dessau verurteilte gestern den
Bankier Sächse von der vor Jahresfrist zusammengebrochenen
Privatbankfirma Jose und Christ in Dessau wegen Ver-
brechens zu zwei Jahren Zuchthaus.

Ausgelekt

In Biesdorf bei Berlin wurde eine 85 Jahre alte Frau
von ihrer Tochter und ihrem Schwiegerjohn regelrecht aus-
gelekt: ein Polizeibeamter fand die Greisin völlig erschöpft,
eingeregnet und durchfrostet, auf der Treppe des Bies-
dorfer Wohlfahrtsamtes. Die Greisin hatte in ihrer
Bewandtschaft niemanden gefunden, der sich in der Lage sah,
sie zu ernähren. Jetzt haben die zuständigen Stellen die „Be-
arbeitung“ des Falles in Angriff genommen. Die Unglückliche
wird vermutlich einem Altersheim zugeführt werden.

Motorexplosion am Autobus

In der Nähe des Hauptbahnhofes Budapest ereignete sich am
Mittwoch ein schweres Verkehrsunglück. Ein mit fünf-
zehn Personen besetzter Autobus geriet infolge Explosion des Mo-
tors in Flammen, die im Augenblick das ganze Fahrzeug ein-
hüllten, in das sich der Inhalt des zertrümmerten Benzintanks
ergossen hatte. Unter den Passagieren brach eine furchtbare Panik
aus. Sieben Personen erlitten schwere Brandwunden. Die meisten
befanden sich in hoffnungslosem Zustand.

Das Unglück von Temesvar

Ueber die furchtbare Eisenbahnkatastrophe bei
Temesvar liegt noch immer kein amtlicher Bericht
vor. Da dem Unglück ausschließlich Arbeiter und Kleinbauern
zum Opfer fielen, scheinen es die Behörden mit der Aufklärung
nicht eilig zu haben. Nach den letzten Meldungen beträgt die Zahl
der Toten 19 und nicht 22, wie es ursprünglich hieß. In den
Krankenhäusern in Temesvar sind insgesamt 17 Schwerverletzte
untergebracht. Bei sechs besteht nur wenig Hoffnung auf Gene-
sung. Unter den Toten befindet sich auch ein Banater Deutscher.
Die Hauptschuld an der Katastrophe scheint nicht den verhassten
Weichensteller, sondern die lokale Eisenbahngesell-
schaft zu treffen. Es wurde festgestellt, daß der Bahngesam-
schon längst als betriebsunsicher galt und länger
aus dem Verkehr hätte gezogen werden müssen.

Im Kreuzer

Die neue Kreuzer-Affäre nimmt täglich an Umfang
zu und wenn nicht alle Anzeichen trügen, wird sich Torica
Kreuzer seines Bruders zwar würdig erweisen.

Wie aus dem am Montag abgeschlossenen Bericht der
Kontursverwaltung hervorgeht, hat sich Torica Kreuzer der
gleichen Methoden zur Irreführung der Öffentlichkeit
bedient wie sie im Fündholzkonkern praktiziert wurden.
Während die Bilanzen einer von ihm geleiteten großen Industrie-
gesellschaft Jahre hindurch keinen Zweifel an der ökonomischen
Sicherheit des Unternehmens aufkommen ließen, ergibt sich jetzt,
daß nicht nur die 5,5 Millionen des angeblichen Aktienkapitals
und der Reservefonds verbraucht waren, sondern auch eine
obligationsanleihe von 3 Millionen zum größten
Teil draufgegangen war. Während die Gesellschaft in den
Jahren 1928 bis 1930 in ihren Bilanzen einen Nettogewinn von
rund einer halben Million Kronen aufwies, hatte sie in Wirk-
lichkeit während dieses Zeitabschnittes einen Verlust von vier
Millionen Kronen. In einer zweiten, von Kreuzer geleiteten
Gesellschaft konnte festgestellt werden, daß die Vermögensände-
rungen höher gebaut waren als sie in Wirklichkeit waren. In einer
Bilanz figurirte ein Bankguthaben von 2,5 Millionen Kronen,
das aber bereits bis zur letzten Krone erschöpft war.

Mädel des Todes

Vor einigen Tagen wurde am Bahndamm der Strecke Berlin-
Kassel in der Nähe von Heringen (Hesse) der Leichnam einer
jungen Frau gefunden. Es ist nunmehr festgestellt, daß es sich
bei der Toten um die 24jährige Erzieherin Hennj Gold-
stein aus Frankfurt am Main handelt. Hennj Goldstein war
zuletzt in einem Heim für schwachsinntige Kinder in Berlin bei
Berlin tätig, hatte aber ihre Stelle, durch die sie sich leicht-
fertig belastet fühlte, zum 1. November gekündigt. Die Arbeit
erfolgte vorzeitig und überhitzt. Verschiedene Anzeichen deuten
darauf hin, daß Hennj Goldstein durch Sprung aus dem fahrenden
D-Zug Selbstmord begangen hat; andererseits besteht
aber auch die Möglichkeit eines Verbrechens.

Goethemedaille für den französischen Ministerpräsidenten

Der Reichspräsident hat dem französischen
Ministerpräsidenten die Goethemedaille zu-
erkannt. Die Ueberreichung wird heute durch den deutschen
Botschafter in Paris anlässlich eines Abschiedsessen erfolgen, das
Herriot dem Scheidenden Herrn von Hoesch gibt.

Die Medaille, die in Silber geprägt ist, zeigt ein Profil-
relief Goethes und auf der Rückseite eine allegorische Zeichnung,
während am Rande der Medaille jedesmal der Name des
Empfängers eingraviert ist. Der Medaille liegt stets ein persön-
liches Begleitschreiben des Reichspräsidenten bei.

13jährige Brandstifterin

In Roggow (Udermark) wurde ein dreizehnjähriges Mäd-
chen unter der Beschuldigung vierfacher Brandstiftung
festgenommen. Die Dreizehnjährige legte ein volles Geständ-
nis ab.

König Dickerle und sein Gönnerchen

Von G. Th. Notman



Endlich schwamm das Krokobil in eine enge Bucht, die in
den Flüg mündete. Hier war das Wasser stiller, es lagen hier
allerlei Liere, und in der Ferne sah man eine Menge Krokob-
dile... Dahin brachte man sie sicher, dr! Da hing zum Glück,
quer über das Wasser ein dicker, gedogener Stengel, sicher irgend-
eine Schlängelpflanze! „Spring, Pierewitt!“ flüsterte der König,
und als sie drunter waren, sprangen sie und hingen an der
Pflanze. Aber huj, wie kalt und glatt war sie.



Sie sahen doch endlich oben auf und rühten nun beständig
zur Ueberseite. Aber was war das?? Auf einmal bewegte sich
der Stengel und vor ihnen erschien wieder so ein lauernder Kopf:
sie sahen auf einer Schlange! „Wollt ihr wohl mit dem Gefäß
aufhören,“ murmelte sie, „sonst werde ich euch...“ Aber Vater
und Sohn ließen sich vor Schreck herunterfallen und — auf gerade
auf einen kleinen harten Hügel... und schon bewegte sich auch
dieser Hügel... es war schon wieder ein Tier!

Breslauer Nachrichten

Die Stellen vor: Professor Dr. Artur Wegner

Nach der Revolution war bei den Beamten für die Sozialistische Hochkonjunktur. Seit 1929 sind sie der Nationalsozialistischen Hochkonjunktur...

Der Nationalsozialistische Beamtenbund hat in den ersten Oktober in Breslau seinen Bundestag abgehalten. Der Reichstagsmitglied Dr. Bracht hat sich durch sein Begrüßungsstelegramm...

Auch der engere Fachkollege des Herrn Helfritz, Professor Wegner von der Breslauer Universität, begrüßte den nationalen Beamtenbund...

Auch Wegner ist uns vollständig kein Unbekannter. In der letzten Zeit, in der Helfritz seinen Kaiser-Geburtsstag-Artikel schrieb...

Herr Wegner erwähnt die schmachvollen Gründe, die die Organisation einer Schutzorganisation für kaiserliche Beamte notwendig machten...

Wahrscheinlich einen charaktervollen Politiker, einen charaktervollen Beamtenführer, einen charaktervollen Universitätslehrer...

Der kleidsame Zwidel

Neues Gelächter über Bracht — Bilder werden zeigen, welche Badeanzüge erlaubt sind

Für Leute, die etwa nicht wissen sollten, was ein Zwidel ist, sei es aus Brodhaus' Legiton mit: Ein Zwidel ist in der Baukunst ein Raum...

Danach darf man annehmen, daß Brachts Kleiderzwidel auch den Raum füllt, der bei Verbindung eines Bogens mit geraden Umrahmungslinien entsteht...

Im preußischen Innenministerium hat am 18. Oktober eine Besprechung mit den Vertretern der Badeanzugindustrie und des Textilhandels stattgefunden...

Das Publikum wird auch bald merken, welcher Segen aus Herrn Brachts Regierungsforgen herauswächst...

Wissenswertes zur Reichstagswahl

Die wichtigsten Bestimmungen, die jeder Wähler kennen muß

Die wichtigsten Bestimmungen für die kommende Reichstagswahl sind folgende: Nach der Verordnung des Reichspräsidenten vom 20. September 1932 findet die Neuwahl des Reichstages am Sonntag, dem 6. November 1932, statt.

Die Abstimmungszeit dauert von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags. Für jeden Stimmbezirk wird für die dort wohnhaften Stimmberechtigten eine Stimmliste geführt...

Wählerlisten einsehen!

Ausliegen der Wählerliste nur noch bis 23. Oktober

Die Wählerliste für die Reichstagswahl am 6. November 1932 wird in der Zeit von Sonntag, den 16. Oktober, bis einschließlich Sonntag, den 23. Oktober 1932, zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgesetzt...

Ausgeschlossen vom Stimmrecht ist: 1. Wer entmündigt ist oder unter vorläufiger Vormundschaft oder wegen geistigen Gebrechens unter Pflegschaft steht...

Einen Stimmschein erhält:

- 1. Ein Stimmberechtigter, der in eine Stimmliste eingetragen ist. 2. Wenn er sich am Abstimmungstage während der Abstimmungszeit aus zwingenden Gründen außerhalb seines Stimmbezirks aufhält...

Adolfo Hitlerio war wieder einmal da

Mit sechs schweren Limousinen kam der Bekämpfer der „feinen Leute“ wieder mit mehreren Stunden Verspätung angerückt

Der Herr Stalin, dem Bolschewistenzaren wurde kürzlich berichtet, daß er zu seinen Ausfahrten sechs Automobile benutzte...

An diese Reportage aus Rußland mußte man gestern abend denken, als unser angehender Diktator in Breslau eintrudelte...

In Scheitnig hatten sich bereits um 19.30 Uhr ein paar Unentwegte zum Spalier hingestellt. Ob diese armen Irren bis um 22.30 Uhr gewartet haben, konnten wir nicht kontrollieren...

Die Badeanzüge bis zum Hals heraus zugestüpft sein müssen. Nur müsse der Badeanzug aus einem Stück bestehen...

Eigentlich hätte es sich die Bevölkerung und die Presse im voraus denken können, daß die Bracht'sche Regierung ihre Verordnungen großzügig handhaben werde...

Das Urteil der Welt über einen solchen Geseggeber ist bereits gegeben. Gelächter über Gelächter. So etwas will nun heute in dieser Zeit ein Land regieren...

Blumentöpfe für die Nazis

Als in der Nacht die Hiltneraner aus Scheitnig nach Hause zogen, wurde ein Trupp uniformierter SA-Leute in der Michaelsstraße kurz vor der Einmündung in die Rathausstraße mit Blumentöpfen bedacht...

- II. Ein Stimmberechtigter, der nicht in eine Stimmliste eingetragen oder darin getrichen ist. 1. wenn er nachweist, daß er ohne sein Verhulden die Einspruchsfrist verjährt hat...

Den Grund zur Ausstellung eines Stimm Scheines hat der Antragsteller auf Erfordern glaubhaft zu machen. Bei mündlichen Anträgen ist die Mitnahme geeigneter Ausweispapiere erforderlich...

Beantragung von Stimm Scheinen

Bei der bisher üblichen Art der Ausgabe von Stimm Scheinen haben sich Unzuträglichkeiten ergeben, die hauptsächlich in einem übermäßigen Andrang der Antragsteller...

Zur Abstellung aller dieser Unzuträglichkeiten wird daher bei der bevorstehenden Reichstagswahl in Breslau die Ausgabe von Stimm Scheinen auf die Stellung eines schriftlichen Antrages geknüpft...

Die Ausstellung eines Stimm Scheines kann, wie hier besonders betont werden soll, aber nur dann erfolgen, wenn einer der im § 12 des RWG genannten Gründe vorliegt...

Stimmbezirke

Für die Reichstagswahl am 6. November 1932 wird die Abgrenzung der Stimmbezirke, die Lage der Abstimmungsräume, sowie Tag und Stunde der Abstimmung durch Anschlag an allen Anschlagtafeln der Stadt...

Sondergericht im Generalex

So werden Arbeiterleiter über ihre Prozesse unterrichtet

In Breslau haben wir ein Sondergericht, über dessen Tätigkeit die Presse im allgemeinen ausführlich berichtet. Bedingt die Naziblätter unterlagern die Prozesse, in denen ihre eigenen Leute abgeurteilt werden...

Aber es scheint in Breslau ein zweites Sondergericht zu geben und das liegt in der Redaktion der Breslauer Neuesten Nachrichten und beurteilt die Berichte über die Sondergerichtsverhandlungen...

Der Prozeß wegen der Vorfälle in Radzich, eignet sich für die Generalex-Feier viel besser, denn da sind auch Reichsbannerleute angeklagt...

Man erzieht aus dieser Art der Berichterstattung, daß das Sondergericht im Generalex ebenso eine besondere Funktion gegenüber seinen Gerichtsherren ausübt, wie auch das staatliche Sondergericht besondere Missionen erfüllt...

Neue Schnellfilteranlage in Betrieb genommen

Gestern nachmittag erfolgte die Uebergabe der neuen Schnellfilteranlage der Wasserwerke am Weidenbamm, die es ermöglicht, die bisherige Wasserproduktion zu verdoppeln. Stadtbaurat Jilmer und Direktor Kirchner meldeten dem zur Inbetriebnahme erschienenen Oberbürgermeister die Fertigstellung des Werkes und legten in längerem Austausch die Bedeutung dieser für die Breslauer Wasserversorgung besonders wichtigen Anlage dar. Der Oberbürgermeister dankte feierlich den zahlreich erschienenen Stadtverordneten als Vertreter der Bürgerschaft, die es an Verständnis für die Ausgestaltung des so lebenswichtigen Betriebes nie habe fehlen lassen. Der Uebergabe schloß sich ein Rundgang durch die gewaltige Anlage an, die bereits in Betrieb genommen worden ist, und auf die wir noch ausführlich zurückkommen.

Partverbot in der Bischofstraße

In den letzten Wochen und Monaten sind beide Straßen in der Bischofstraße durch oft stundenlange Koffende Fahrzeuge so verstopft worden, daß es zeitweise zu starken Verkehrsbeeinträchtigungen gekommen ist. Um einen geordneten und ungehinderten Durchgangsverkehr zu gewährleisten, hat der Polizeipräsident im Einverständnis mit dem Magistrat und nach Anhörung der Industrie- und Handelskammer sowie der Verkehrsrichter Schließen mit sofortiger Wirkung das Parken von Fahrzeugen aller Art in der Zeit von 9 bis 20 Uhr in der Bischofstraße verboten.

Mit diesem notwendigen Verbot dürfte endlich der endlosen Auffahrt der „Arbeiterpartei“, die sich im Gauhaus dauernd ihre Stelldröckchen geben, ein Ende bereitet sein. Die „feinen Leute“, die trotz aller Kämpfe immer noch in der Hittlererei mitmachen, müssen nun ihre Limousinen entweder zum Parkplatz am Neumarkt oder auf den Ring fahren.

Seinen schweren Verletzungen erliegen

Ist der am Dienstag auf dem Güterbahnhof Breslau-Ost-Dürrgog verunglückte Aushilfsweichensteller Goebel von der Stolzstraße, dem, wie wir gestern berichteten, von einer Wagenleiste beim Delen von Stellwerksanlagen beide Beine und die rechte Hand abgefahren worden war. Der Unglücksfall ist umso tragischer, weil der erst 21jährige der Ernährer seiner Mutter war.

Fischfang am Waschstein
Sonntag, den 22. Oktober geht wie alljährlich der interessante Fischfang am Waschstein (Schmiedamm) vor sich, wo auch gleichzeitig der Verkauf von Fischen stattfindet.

Wandbildchen gefunden
Im Verlagskontor der „Volkswacht“ ist heute vormittag ein Wandbildchen gefunden worden, der Flurstraße 4 abgeholt werden kann.

Silberhochzeit
feiert heute der Genosse Heller, Weinstr. 75, und seine Ehefrau geb. Seiffert ihr langjähriges Partei- und Gewerkschaftsmitglied und langjähriger Leiter der „Volkswacht“. Distrikt 22 gratuliert herzlich.

Arbeiter-Sport

- Wassersport**
Freie Schwimmer Breslau. Freitag, 20 Uhr: Funktionäre aller Abteilungen im Gewerkschaftshaus.
- Lionsklubverein „Die Naturfreunde“**
Ordnungsgruppe Breslau. Alle Unterabteilungen holen im heutigen Vereinsabend die Karten für den Extrabeitrag ab.
- Arbeiter-Samaritaner-Bund**
1. Abteilung. Sonntag, 20 Uhr, Mitgliederversammlung bei Malin, Westendstraße 37.
- Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer**
Breslau-Tschechien. 23. Oktober, 15.30 Uhr, Generalversammlung bei Taube.

Heimat in Schlefien

Es ist bestimmt eine begrüßenswerte Idee der Sendeleitung, Werke schlesischer Komponisten, die auf Grund eines Auftrages der Funkstelle entstanden sind, auch einmal im Rahmen eines öffentlichen Konzertes aufzuführen. Die Wirkung ist eine noch unmittelbare als in der Uebertragung, wenn es sich nicht gerade um eine mit allen technischen Hilfsmitteln des Rundfunks rechnende Arbeit handelt. Darüber hinaus ist es sehr erfreulich, wenn eine solche Arbeit nicht nach einmaliger Sendung beiseite gelegt, sondern in einem anderen Rahmen wiederholt und damit auch einem zwar nicht größeren, aber anders zusammengesetzten Publikum zugänglich gemacht wird. Von den drei Werken, die wir unter Leitung von Dr. Edmund Ried am Sonntag hören, haben die beiden ersten, der „Schlesische Winter“ von Hermann Busch und das „Schlesische Jahr“ von Karl Sczuka schon vor mehr als Jahresfrist ihre Aufführung im Breslauer Sender erlebt. Das erste, eine Kantate nach Worten des Angelus Silesius, verwendet außer Tenorsolo Chor, Orchester und Orgel noch eine Sprechstimme. Dies ist nun für mein Empfinden im Funk sehr wirksam, macht im Konzertsaal aber keinen besonders günstigen Eindruck. Buschs Musik vermischt mit Glanz den lieblich-melancholischen Stimmungszug der Verse zu unterzeichnen und ist besonders im ersten Teile sehr interessant. Der Schluß fällt dagegen trotz dynamischer Kräftigung etwas ab, woran vielleicht auch die ziemlich dicke Instrumentierung Schuld trägt. Im Gegensatz hierzu ist gerade das Instrumentale glänzend behandelt in Sczuka's „Schlesischem Jahr“. Den musikalischen Gehalt der beiden Kompositionen gegeneinander abzumessen, ist nicht nur ein Ding der Unmöglichkeit, sondern wäre auch angehtig des völlig anderen Zweckes der beiden Werke abwegig. Busch wollte offenbar ein von musikalischer Gläubigkeit erfülltes, trotz des Funkauftrages kirchlich orientiertes Opus schaffen, bei Sczuka triumphiert dagegen die Wirklichkeit, eine Idealwirklichkeit, wie sie sich der Schiefer erzählt. Der Text von Graf Schenke, der trotz einiger nicht glücklich empfundener Ausdrücke („Wie schnell wuch die Zeit zur Rute gleich“, sagt bei uns kein Mensch), ausgezeichnet zu nennen ist, bei dem Komponisten eine willkommene Grundlage. Mit welcher genialer Verständlichkeit und welcher raffiniertem Können Sczuka diese Aufgabe gelöst hat, ist erstaunlich. Jede Stimmung wird getroffen, von dem trüben Dunst eines Herbsttages bis zur hellen Ausgelassenheit einer Kirme. Mit großer Geschick sind dabei bisweilen Stimmungswendungen Volkslieder unserer Heimat eingefügt. Als das Raffiniertere an Text und Instrumentation ist „Der Wald“ hervorzuheben. Der Reichhaltigkeit machte die Ueberführung der „Oberbühnen Langzeit“ von Gerhard Stecke, deren Titel nicht recht einleuchtet. In seiner Anlage eine laubere Arbeit, thematisch interessant und kein instrumentell. Im besten Gefühl mit der zweite Teil. Das Konzert wurde ausgeführt von der Schlesischen Philharmonie, dem Fünftel und den Solfisten des Funkorchesters, denen sich Karl Brauner hinzugesellte; die Sprechrollen hatten Marianne Kus und Paul Heide inne, an der Orgel sah Otto Burkert. Da der Raum knapp ist, bitte ich alle diese, sich mit einem Gelächter zu begnügen. Die Leitung lag, wie schon gesagt, in den bewährten Händen von Dr. Edmund Ried.

Anhänger der Eisernen Front

Besorgt auch mit Freizeitsachen, daß beginnt der Synalokrieg. Fahnen sind zu haben im Parteisekretariat der EPD, Gewerkschaftshaus, Zimmer 167.

Das größte Landflugzeug der Welt kommt nach Breslau.
Wie uns kurz vor Redaktionsschluß von der Schließerguppe des Deutschen Luftfahrt-Verbandes mitgeteilt wird, ist es gelungen, die Juntersmaschine G 38, das größte Landflugzeug der Welt, für einen Besuch Breslaus am kommenden Sonntag zu gewinnen. Die Maschine kriecht am Sonnabendnachmittag flugplanmäßig um 16.45 Uhr in Gandaun ein. Am Sonntag soll sie weitesten Kreisen der Bevölkerung zur Beichtigung freigegeben werden. Außerdem sind auch Rundflüge von je 25 Personen um Breslau geplant. Auf die Veranstaltung der Schließerguppe kommen wir noch zurück, glauben jedoch jetzt schon, daß dieses Bemühen, endlich auch das Wunderwerk moderner deutscher Flugtechnik nach Breslau zu bekommen, von allen Luftfahrtbegeisterten begrüßt werden wird.

Lichtspiele gewerkschaftshaus ton-kino

5.30 Uhr Montag kein Kino 8.30 Uhr

Ab Freitag, den 21. Oktober

Siegfried Arno

Camilla Horn in

Die Nacht ohne Pause

mit Max Adalbert

Liane Hald, Marcella Albani

Die Dame in Schwarz

Ein Erlebnis aus der Welt, in der man sich nicht langweilt.

Neue EMELKA-Tonwoche

Auf der Bühne:

TONTOF'S Komik im Tempo der Zeit

Jugendliche verboten Programmänderung vorbehalten

Am Sonntag, den 23. Oktober, nachmittags 2.30 Uhr

Große Kinder- u. Jugendvorstellung

Eintritt 20 Pf.

Besucht das Gewerkschaftshaus-Restaurant. Jeden Sonntag Freizeitsport und im kleinen Saale Tanz.

Rundfunk von heute

Tägliche Funkvorschau für Arbeiterhörer

Einem Querschnitt durch das Drama von Hans Rehsberg „Reiter“ sendet die Schlesische Funkstunde am Donnerstagabend um 20 Uhr. Wenn auch über den künstlerischen Wert der Sendung vorher nicht gesprochen werden soll, so sei dieser wichtige Versuch von vornherein als höchstwertig empfohlen. In der Zeit von 18.20 bis 18.35 Uhr bringt der Zeitdienst ein Gespräch mit der Fallschirmpilotin Lola Schröder über ihren Weltrekordbausprung.

Ausstellung der Vereinigung Schlesischer Künstlerinnen bei Berthelm

In dieser Ausstellung, die neben der anderen großen des Künstlerbundes Schlefien im alten Generalkommando vom Schöpferswillen der schlesischen Künstlerin zeugt, ist ein früherer Zug zu verspüren. Es ist durchaus kein Halten an einer bestimmten Methode, und zwar macht sich das nicht nur bei den neu bezeugenden Namen bemerkbar. Farblich sehr lebendig sind die Arbeiten (Stilleben) von Charlotte Haiselmann, darin steckt malerisches Temperament. Mit kumpferer Farbe erreicht durch eine lineare Beweglichkeit Elja Hüppe gut und nicht nur dekorative Wirkungen. Charlotte Pauls hat ihre eigene geistvolle Note, ihren Bildern gerecht das Stiggenhafte, gelegentlich Grotesk-Bizarre nicht zum Schaden. Es ist ein Fabulieren darin, das mit großzügiger Unbestimmtheit Gertrud Kleinert immer wieder zeigt ihr Vorbild „Kind mit Lauben“ in seiner unwürdigen Klarheit fällt ganz besonders auf. Solche Bilder allein machen eine Ausstellung schon sehenswert. Man sieht dann auch gebührend abwägend die vielen Stilleben, die nicht immer Neues bringen, manchmal rein geschmacklich bleiben. Beim Stilleben liegt die Versuchung, die Kunst als Schmuck, als Jugendsache fürs Leben anzufassen, am nächsten. Es wurde schon gesagt, daß Charlotte Haiselmann sich darüber erhebt und von einem ganz anderen Ausgangspunkt her sind die Blumenbilder von Wilhelmine Kellner anregende Impressionen. Dazu kommt diesmal ein „Interieur“, das nur in von Farbe spricht. Ihrem Kreis gehört Johanna Pistorius an. Eva Fromm bietet Landschaftsaquarelle, ihre Dünenbilder sehen von einem Anziehungspunkt in bemerkenswerter Weise ab. Marie Schalg's Auffassung ist auf eine ernste Grundhaltung gestimmt, die ihre Arbeiten heraushebt, von Aka Trojisch ist das Bild „Alte Fabrik“ wohl am weitesten, die Holzschichte gehen zu sehr umher. Lucie Seger, Eva Marie Gold, Elisabeth Koll, Theodora Meier sollen durch ihre bloße Aufzählung nicht von der Beurteilung ausgeschlossen sein. Bei ihnen allen, denen sich noch Elisabeth und Clara Grapow und Sophie Klapper anschließen, ist ernstes Streben, oft auch inaktive Feinsinnigkeit. Das Porträt pflegt in guter Tradition Frau Grütischer-Kunzendorf und Katharina Ganzer-Sophan aber abgekehrte Tonalität zu kürzerer rhythmischer Flüssigkeit kommend. Bei Käthe Benedikt ist der Reg von zurückhaltend aber eindringlich deutenden „Bildnis der Mutter“ zu einer akzentuierten Gestaltung, die das Wesen der Dargestellten gleichsam wahr durchleuchtet, sichtbar. Ihre Kohlezeichnungen, die nicht übersehen werden sollten, sind Zeugnisse einer dauernden inneren Bewegung. Von den Bildhauerinnen legt Johanna Pistorius ihre naturnahen Porträts doch wohl allen sehr in der Klasse liegend, die Figurenstudien sind seltsamere Lösungen. Marie Liebig hat außer der natürlich freien Einstellung zu ihren Themen auch ein höheres Formgefühl, das energiegelad und geschmeidig immer überlegt zuläuft. Es sind sowohl ihre Tierplastiken wie auch ihre Porträtfiguren überzeugend. Fotos von ausgeführten Arbeiten für die Volkshäule Friedewalde und das Ragolienengymnasium in Breslau sind ergänzend anzugehen.

Sozialdemokratische Partei

Partei-Extrakt:
Gewerkschaftshaus, Zimmer 167 - 170
Telefon Nummern 50060 - 50061
Öffnungstafel Sonntag von 8-11 und 1-7 Uhr

Abteilung Innere Stadt, Eisernen Front heute abend bei
Neue Weltstraße, Funktionärstagung. Alle Parteimitglieder und Parteimitglieder müssen erscheinen.
Gräßchen-Kleinburg, Parteigenossen, Reichsbannerkameraden, Parteimitglieder Montag 20 Uhr im Zagerhof, Gräßchenstraße 181, nächste
Ankunft. Nehmer: Genosse Friedrich.
Abteilung Jimpel-Schlesische, Freitag 20 Uhr bei Witten, Jimpel
große Brauereianstalt. Referent: Genosse Wollnast. Nächtliche
Biergarten.

Abteilung Sonntag, 20 Uhr Verammlung aller Pioniere, Breslau
Genossen 21a, 21b, 21c, 21d, 21e, 21f, 21g, 21h, 21i, 21j, 21k, 21l, 21m, 21n, 21o, 21p, 21q, 21r, 21s, 21t, 21u, 21v, 21w, 21x, 21y, 21z.
Distrikt 42, Freitag 19 Uhr Funktionärstagung aller männlichen
Mitglieder. Da der Saal um 20 Uhr geräumt werden muß, bitten wir um
pünktliches Erscheinen.

Junge Front
Funktionen. Montag 20 Uhr im Gewerkschaftshaus außerordentlich
Funktionärstagung der der Jungen Front angeschlossenen Organisationen. (Erscheinen
unbedingt notwendig.)
Sprechstunde. Heute 19.30 Uhr Probe im Gewerkschaftshaus. (Siehe
Brett.)

Sozialistische Arbeiterjugend
Abteilung. Heute Abrechnung der 2. Woche unseres Wettbewerbs.
Heim 1 (Abteilung Innere Stadt). Heute Gewerkschaft (Wettbewerbs-
Sprecher: Einzelpostkarte). Treffpunkt 20 Uhr Ring, Ecke Kilostraße.
Lichtbilder: Heinrich Zille, der Vater des Proletariats. Genosse
Sonntagfeier mit der Partei.
Heim 2 (Abteilung Innere Stadt, Parade Wolfswinkel). Freitag
bühne. Sonntag Gesellschaftsspiele.
Heim 3 (Abteilung Innere Stadt, Sonnenland, Vorderstraße). Freitag
19 Uhr Funktionärstagung. Sonntag Nacht in den Herbst. Treffpunkt 20 Uhr
19 Uhr Proletarische Dichtung (Kulturpostkarte mit musikalischer
Genosse Kippenhagen.)
Heim 4 (Abteilung Südwest-Gräßchen, Gewerkschaftshaus, Eisenbahn-
Straße). Freitag. Sonntag. Freitag. Sonntag.
Heim 5. Freitag. Sonntagabend. Westpost - Militarismus? Son-
ntag. Freitag. Sonntag.
Heim 6 (Abteilung Innere Stadt, Kilostraße). Freitag. Son-
ntag. Freitag. Sonntag.
Heim 7 (Abteilung Innere Stadt, Kilostraße). Freitag. Son-
ntag. Freitag. Sonntag.
Heim 8 (Abteilung Innere Stadt, Kilostraße). Freitag. Son-
ntag. Freitag. Sonntag.
Heim 9 (Abteilung Innere Stadt, Kilostraße). Freitag. Son-
ntag. Freitag. Sonntag.

Funktionen Heime 5 und 6 sind heute zum Funktionärstagung
Kilostraße um 20 Uhr.
Heime 1, 2, 3, 7 und 8. Heute 20 Uhr Fortsetzung des Funktionärstagung
Gewerkschaftshaus.
Sprechstunde. Heute 19.30 Uhr Probe im Gewerkschaftshaus.
Funktionen. Montag 20 Uhr im Gewerkschaftshaus Sitzung der
Front in Zimmer 12/14.

Monatliche Jugend

Heute 19.30 Uhr sind die Jugendlichen aus beiden Heimen
Heim 2, Friedrich-Wilhelm-Straße, Kurgarten mit Ausnahme über
der 6. November sicher nicht bringen wird. Gäste willkommen.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Abteilung West. Heute 20 Uhr Antritt der Schul- in der Turnhalle,
Brenner Karowitz. Heute 20 Uhr bei Krause, Karowitzer Straße.
Verammlung aller Kameraden.
Spielmannschaft. Heute 19 Uhr Uebung.
Spielmannschaft. Heute 19.30 Uhr Uebung
der Reichshule.

Geschäftliches

Vertrauen gegen Vertrauen, ein Grundriß des bekannten Widelbaues
Eilingers, Breslau, Schwertstraße 5 und 6a, drittes Haus von
Eine reichhaltige Auswahl in Röhren, Schmal- und Spitzglas
lichen anderen Wädeln, Teppichen usw. ermöglicht jedem, das für ihn
zu erheben bei billigsten Kaufpreisen oder bequemeren Teilzahlungen.

Konzerte, Theater, Veranstaltungen

Breslauer Volkshäuser e. S. Zu dem Klavierabend von Professor
Wührer-Wien am Freitag, dem 21. Oktober, im Hauptsaal der
(nicht kommerziell) erhalten die Mitglieder der Volkshäuser in der
Kell, Schmelzstraße 8a, sehr ernsthafte Karten zum Werte von einer
und 75 Pf. (Kell 2 Markt und 1.10 Markt). Das Programm des Konzerts
u. a. Werke von Haydn, Beethoven, Schubert und Brahms.
Klavierabend. Freitag, 20 Uhr, Friedrich-Wilhelm-Straße, der mit
übertragen und über jede Kritik erhaben. Programm des
d-moll-Konzerts die Gedichte des zweiten Symphonienkonzertes
gehörte, wird am Freitag, dem 21. Oktober, im Hauptsaal der
eigenen Klavierabend geben. Jeder Wührer künstlerischer
dient das interessant zusammengestellte Programm einen besonderen
Es werden Werke von Schubert, Haydn, Beethoven, Brahms, Liszt
und Ravel zum Vortrag gelangen. Karten zu 2, 2.10 und 0.85 Pf.
der Geschäftshalle der Schlesischen Philharmonie (Stadttheater) nach
Stadttheater (Opernhaus). Heute Donnerstag 20 Uhr, Abends.
„Mitternacht“ mit Gerb Herrn Andra in der Teilpartie. In den
Hauptpartien die Damen Darbow, Mittelbütt, Stein und die Herren
und Kubow. Ingeborg Intendant Dr. Georg Hartmann. Musikalische
Carl Schmidt-Becken. Morgen Freitag 19.30 Uhr: „Der Teufels-
mit Harry Pauer a. G. heute der gesamten Premierabend. Son-
20 Uhr in vollstündiger Neuinszenierung: „Elektra“. Sonntag 15.30 Uhr
ermäßigten Preisen: „Alessandro Stradella“, romantische Oper
Fotom. 19.30 Uhr: „Der Teufelsreiter“.

Opernhaus. Donnerstag und Freitag, 20.15 Uhr, finden die letzten
führungen von Julius Fäys Schauspiel „Sigismund“ in der
von Paul Barnay und der Premierabend Freitag, Sonntag 20.15 Uhr
- siebenhundert fünfzig - der große Schauspielersieg „Die
Lore Strach“, Grandstück von Graf und Hünke, in der
Hermann Schulz-Greifheim wieder in den Spielplan aufgenommen.
im „Schloß“ gelangt Sonntag 15.30 Uhr als Nachmittagsvorstellung zu
Freien zur Aufführung.

Opernhaus. Donnerstag und Freitag, 20.15 Uhr, finden die letzten
führungen von Julius Fäys Schauspiel „Sigismund“ in der
von Paul Barnay und der Premierabend Freitag, Sonntag 20.15 Uhr
- siebenhundert fünfzig - der große Schauspielersieg „Die
Lore Strach“, Grandstück von Graf und Hünke, in der
Hermann Schulz-Greifheim wieder in den Spielplan aufgenommen.
im „Schloß“ gelangt Sonntag 15.30 Uhr als Nachmittagsvorstellung zu
Freien zur Aufführung.

Opernhaus. Donnerstag und Freitag, 20.15 Uhr, finden die letzten
führungen von Julius Fäys Schauspiel „Sigismund“ in der
von Paul Barnay und der Premierabend Freitag, Sonntag 20.15 Uhr
- siebenhundert fünfzig - der große Schauspielersieg „Die
Lore Strach“, Grandstück von Graf und Hünke, in der
Hermann Schulz-Greifheim wieder in den Spielplan aufgenommen.
im „Schloß“ gelangt Sonntag 15.30 Uhr als Nachmittagsvorstellung zu
Freien zur Aufführung.

Amthamer Wetterdienst

des Meteorologischen Observatoriums Breslau-Artillerie

(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten)

Hinter der nach Zustand abgegangenen Sturmpläne 52 C sind fällige
massen von Nordwesten in Mitteleuropa eingeblasen und haben zu
Abkühlung geführt. In ihrem Bereich kommt es nur vorübergehend
beizug. Die allgemeine Lage behält weiterhin ihren wesentlichen
beizugigen Charakter. Neue Störungen bringen vom Ozean über die
Inseln gegen das Festland vor.

Wahrscheinlich für das nächste Wochenende und Mittelschnee:
Zeitweise auffrischender westlicher Wind, wechselnd bewölkt, Nieder-
druck über Ostsee.

Wahrscheinlich für das nächste Wochenende:
Erneut fast auffrischender West, meist schlagschneewölkt, neue Nieder-
druckgebiete wenig verändert.

Sonnenaufgang: 6.34 Uhr - Sonnenaufgang: 16.35 Uhr.

Wettertafel

	19.10.	20.10.	19.10.	20.10.
Kalter	1.15	1.19	Kalter (unter-Regel)	1.82
Regen (Stadl)	0.82	0.84	Dauernd	0.78
Regen (Land-Regel)	1.88	1.48	Dauernd (unter-Regel)	0.55
Regen (Mittelstrom)	1.66	1.80	Wahrscheinlich vom 19.10. an	0.50
	0.81	0.84	Wahrscheinlich vom 19.10. an	0.50

Seht Eure Anzeigen der Volkswacht

Gewerkschaften und Papenplan

Der Graf aber ließ sich entschuldigen

Der Reichskanzler von Papen hätte klug getan, 2 von den 24 Stunden, die auch sein Tag zählt, der großen Kundgebung der freien Gewerkschaften zu widmen, die sich am Dienstag in den Räumen des Reichswirtschaftsrates mit dem Papenplan auseinandersetzen und gegen den notverordneten Lohnabbau protestierten. Herr von Papen, der gegenwärtig von Unternehmern umringelt ist, hätte antworten lassen, daß er keine Zeit habe. Keine Zeit für die Vertreter von fünf Millionen schaffenden Menschen! Die Teilnehmer an der Kundgebung der Gewerkschaften hatten das bittere Gefühl, daß bei dieser Regierung der Staatsbürger erst beim Unternehmer anfängt.

Was wollen die Gewerkschaften von dem Reichskanzler?

Die Gewerkschaften stehen auf dem Standpunkt, daß der Papenplan nicht das geeignete Instrument ist, die Wirtschaft anzukurbeln. Daß der Umbauplan der Gewerkschaften zum mindesten besser ist als der Papensche Anturdelungsplan. Daß es auf jeden Fall ein Unrecht ist, wenn man dem Unternehmer ein Geschenk von 1,5 Milliarden macht, die man einige Wochen vorher der Arbeiterschaft durch Drosselung der Renten, der Löhne, durch die Salzsteuer, durch Abwägung der Unterstützungslage usw. entzogen hat. Immerhin sagen sich die Gewerkschaften, die große Aufgabe der Gegenwart ist, die Arbeitslosigkeit zu vermindern. Wenn man das mit dem Papenplan vermöge, so wird man sich mit diesem Plan abfinden müssen. Aber unnötig sind in diesem Plane die sozialen Quälereien, die kleinen Schikanen, die verordneten Konsumkürzungen, von denen selbst große Teile der Unternehmerschaft der durchaus richtigen Auffassung sind, daß sie nichts taugen und denen gegenüber sich viele Unternehmer schämen, von ihnen den gesetzlich erlaubten Gebrauch zu machen. Wenn die Gewerkschaften verlangen, daß die Lohnabbauverordnungen vom 5. September und 3. Oktober aufgehoben werden, dann wird der Papenplan sicherlich nicht schlechter, sondern besser. Die gegenwärtige Krise besteht eben darin, daß nicht zu wenig produziert, sondern daß zu wenig konsumiert wird. Jede Erhöhung des Konsums dient der Krisenüberwindung. Jede Einschränkung des Konsums muß die Krise verschärfen. Und darüber: Für den von der Regierung Papen verordneten Lohnabbau liegt nicht mehr und nicht weniger moralisches und wirtschaftliches Recht vor als für die Reparations Tribute.

Der Reichskanzler hätte klug getan, sich am Dienstag anzugören, was die Gewerkschaften zu sagen hatten. Mit Recht betonte Tarnow vom Holzarbeiterverband, daß die Regierung sich täusche, wenn sie die Gewerkschaften durch kleinliche Schikanen und juristische Verfügungen schamhaft sehen will, und wenn ihr das gelänge, dann drängt sie eben den Arbeiterkampf auf einen anderen Boden und in andere Formen. Die Staatsautorität könne nicht schlimmer erschüttert werden, als wenn diejenigen, auf deren Seite das offensichtliche Recht ist, sich gegen Gesetze und Staatsgewalt zur Wehr sehen müssen.

In der großen Kundgebung der Gewerkschaften, die am Dienstag in Berlin stattfand, rechnete der Vorsitzende des ADGB, Theodor Leipart, mit den sinnlosen Behauptungen ab, die Gewerkschaften sabotierten mit ihrem Widerstand gegen den notverordneten Lohnabbau die Wiederherstellung von Arbeitslosen. Die Dinge liegen so, daß die Gewerkschaften ein brennendes Interesse daran haben, daß möglichst viele Arbeitslose wieder in Brot und Arbeit kommen. 40 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder seien arbeitslos, 22 Prozent arbeiteten verfürzt. Gegen die Sabotagegerichte spreche wohl am besten die Tatsache, daß die Gewerkschaften schon seit Jahren um die Verkürzung der Arbeitszeit kämpfen.

Das Hauptreferat erstattete Tarnow

vom Holzarbeiterverband. Die Natur der gegenwärtigen Krise kennzeichnete er dahin, daß es Deutschland nicht an Produktionsmitteln und nicht an der Fähigkeit zu produzieren fehle; auch sei der Konsumbedarf nicht zurückgegangen. Aber die Kaufkraft für die Konsumgüter sei ständig gesunken und damit auch die Produktion. Auf diesen Erkenntnissen baue sich das Programm der Gewerkschaften für die Arbeitsbeschaffung auf, das einen Kreditbedarf von 2 Milliarden Mark vorzieht, um eine Million Arbeiter für ein ganzes Jahr zu beschäftigen. Man habe den Gewerkschaften entgegengehalten, ihr Programm mühe eine Inflation heraufzubeschwören. Nun, so stellte Tarnow unter Beifall der Versammelten fest, sehe das Papenprogramm die Verteilung von 2,2 Milliarden Mark Steuerzuschüsse an die Unternehmer vor. Jedoch sei die Inflationsangst beschwichtigt, und man höre nichts mehr vom Inflationsgeschrei. Die Regierung nehme aber einfach an, man brauche den Unternehmern nur Geld zu geben, dann würden sie schon mehr arbeiten lassen. Die Arbeitgeber können aber nur mehr arbeiten lassen, wenn sie die Aussicht haben, auch mehr zu verkaufen. Diese Aussicht bestehe angesichts des Lohnabbaus aber nicht. Das wüßten die Unternehmer am besten. Die Gewerkschaften seien bereit, dem wirtschaftlichen Teil des Regierungspianes die Chance zuzubilligen, seine Brauchbarkeit unter Beweis zu stellen. Die Gewerkschaften kennen das Geld und die grenzenlose Verzweiflung der Arbeitslosen zu gut, um sich Maßnahmen in den Weg zu stellen, von denen man immerhin hoffen könne, daß sie den Arbeitslosen helfen. Sollte der Papenplan nicht den erhofften Erfolg bringen, dann würde nicht Schadensfreude die Gewerkschaften erfüllen, sondern Bitterkeit, daß hier mal wieder großer Aufwand nutzlos verthan worden ist.

Die Gewerkschaften müßten sich aber leidenschaftlich dagegen wenden, wenn der Papenplan mit unerträglicher Härte in den Lebensstandard der Arbeiterschaft und in ihre sozialen Rechte eingreift. Der Reichskanzler stehe auf dem Standpunkt, daß alles, was den Unternehmern in der Lage hält, was zur Geschäftsbekämpfung und zur Erhöhung des wirtschaftlichen Umfanges führt, Sozialpolitik im besten Sinne des Wortes ist. Das sei einseitig. Die Gewerkschaften betonen demgegenüber: Keine Sozialpolitik, die auf das Wohl der arbeitenden Klasse abzielt, die der Erhaltung und Verbesserung der menschlichen Arbeitskraft dient, die durch die Fügung der Wirtschaft die Voraussetzung für die Erhöhung des wirtschaftlichen Umfanges schafft, ist Wirtschaftspolitik im besten Sinne des Wortes.

Die Regierung könne unmöglich bestreiten, daß sie Milliarden Geschenke an die Unternehmer verteilt habe. Die Regierung werde auch zugeben müssen, daß sie Milliarden Geschenke

gemacht habe, ohne die Gewähr zu haben, daß durch diese Geschenke mehr Arbeit beschafft wird. Zu diesen Milliarden-Geschenken käme noch der Lohnabbau, der, ebenfalls wie die Subventionen, ohne jeden wirtschaftlichen Sinn sei. Wie die Unternehmer selbst über den notverordneten Lohnabbau dächten, könnte der anwesende Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, der Ministerialrat Dr. Sichter, besser sagen als er, der Redner. Es gäbe viele Unternehmer, die sich schämen, diesen Lohnabbau vorzunehmen, und von maßgeblicher Arbeiterschaft sei der Regierung deutlich gemacht worden, daß ein wesentliches Unternehmerinteresse an dieser Lohnkürzung nicht vorliegt. Es sehe so aus, als ob es nur noch eine Prestige-Frage für die Regierung sei, ob sie die Notverordnung vom 5. Oktober nicht wieder aufheben soll.

Die Art und Weise, wie die ganze Anturdelungsaktion der Reichsregierung zustande gekommen ist, wie durch eine Anleihe beigesteuert, die Tarnow vortrug. Danach hätten zwei Ministerien die Aufgabe erhalten, sich den Kopf über die Wirtschaftsansturzelung zu zerbrechen. Das eine Ministerium schlug die Einstellungsprämie vor, das andere die Lohnkürzung. Da man sich nicht für diese oder jene entscheiden konnte, entschied man sich im Kabinett Papen für beide. So sei, so führte Tarnow weiter aus, das Durcheinander und der wirtschaftliche Widerstand im Papenprogramm entstanden. Der erfolgreiche Konkurrent bekomme zu seinem geschäftlichen Vorteil staatliche Lohnzuschüsse und einen Tribut aus der Lohntüte der Arbeiter. Die Regierung treue Sand in den Mechanismus der kapitalistischen Konkurrenz, sie mache den unglaublichen Versuch, die notleidenden Grenzbetriebe in der kapitalistischen Wirtschaft, die dieser Wirtschaft eigen sind, auszufalten, was Subventionierung der gesamten Wirtschaft bedeutet.

Tarnow führte weiter Beispiele an, wie grotesk sich die Aktion der Regierung ausgewirkt habe. Eine große Baufirma in München hat ihre in München beschäftigten Arbeiter entlassen, bezieht aber trotzdem auf Grund der Papenschen Notverordnung Einstellungsprämie, weil sie draußen im Lande billig begabte Tiefbauarbeiter einstellt. Ein kleiner Bauunternehmer hat mit acht Mann bei dem Bau eines Hauses Arbeit für zehn Wochen. Nun stellt er zwei Mann mehr ein, wodurch sich die Arbeit auf acht Wochen verringert. Kein Stein wird mehr vermauert. Der Unternehmer wartet mit keinerlei Gegenleistung auf. Trotzdem erhält er Lohnbeitrag in Höhe von 300 Mark und Prämien in Höhe von 150 Mark. Damit die Arbeiter zwei Wochen früher arbeitslos werden, macht die Regierung diesem Unternehmer ein Geschenk, auf Grund einer Notverordnung, die die Heberfrist trägt: „Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit.“ Die Lederfabrik Igenstein in der Niederlausitz beschäftigt 50 Mann, stellt 25 Personen ein und macht für zehn Stunden einen Lohnabzug von 50 Prozent. An Einstellungsprämien und Lohnzuschüssen gewinnt die Firma 300,40 Mark. Der gesamte Reuich macht aber nur 72,72 Mark aus. Dazu hat die Firma noch 25 Arbeitskräfte, die ihr keinen Pfennig kosten usw.

Die Gewerkschaften, so fuhr Tarnow fort, setzen sich über die Wichtigkeit einer Arbeitszeitverkürzung klar. Die Gewerkschaften hätten den Arbeitern immer gesagt, daß sie im Interesse der Arbeitslosen dieses Solidaritätsoffer auch dann auf sich nehmen sollten, wenn nach den gegebenen Verhältnissen ein Lohnausgleich zur Zeit nicht gegeben werden kann. Aber nun seien die Stundenlöhne immer und immer wieder gesenkt worden, nun habe der Wochenlohn auch bei vielen voll beschäftigten Arbeitern eine Stufe erreicht, wo es kaum noch möglich sei, einigermaßen das Leben zu fristen. Nun sei es schon sehr viel schwerer geworden, den Vollbeschäftigten zuzumuten, nochmals 17 Prozent ihres Lohnes zu opfern. Wenn dazu noch statt eines Lohnausgleichs ein weiterer Abzug bis zu 10 Prozent auf Grund der Lohnkürzung komme, wenn von einem schon ganz unzulänglichen Einkommen bis zu 27 Prozent geopfert werden sollen, dann müsse man doch verstehen, daß selbst unter dem Gesichtspunkt der weitestgehenden Solidarität ein solches Opfer den Arbeitern nicht mehr zugemutet werden könne. Die Bestimmung der Notverordnung, daß sogenannte gefährdete Betriebe Anspruch auf eine Lohnkürzung bis zu 20 Prozent haben, müsse zur Zerstückelung der kollektiven Regelung der Arbeits- und Lohnverhältnisse führen, wie andererseits der brutale Arbeitgeber, der seine Betriebe ausgefämmt hat, durch Lohnabbau und Einstellungsprämien belohnt und der wirklich soziale Arbeitgeber, der den Versuch machte, seine Arbeiter durchzuhalten, bestraft wird.

Die Arbeitnehmer seien von einer tiefen Erbitterung gegen die Notverordnung erfüllt. Das sei kein Goismus der noch Beschäftigten. Die deutsche Arbeiterschaft und namentlich die gewerkschaftlich organisierte Arbeiter-

schaft habe schon so überwältigende Beweise für ihr Solidaritätsgefühl abgelegt, daß sie dieser Vorwurf nicht treffen kann. Die Arbeiterschaft sei erbittert, weil sie weiß, daß sie allein und mit empörender Ungerechtigkeit zu Opfern herangezogen werde, die nicht nur untragbar, sondern für die Wirtschaftsbekämpfung entbehrlich und geradezu hemmend sei. Der Reichskanzler habe das Ende der Deflationspolitik verprochen. Damit schmeiße der Reichskanzler nur das Ende der Preisentwertungen vor, wenn die Reichsregierung eine Agrar- und Konjunkturpolitik treibe, die die Arbeiterschaft in Form überhöhter Preise aufs neue belaste muß.

Nörpel

vom ADGB, führte folgendes aus: Zu den lohnpolitischen und sozialpolitischen Bedenken der Gewerkschaften gegenüber dem Wirtschaftsprogramm der gegenwärtigen Reichsregierung kommen Bedenken gegen die tiefgehenden Eingriffe der Reichsregierung in die Rechtsstellung der Arbeiter im Staate sowie in das Tarifrecht und in das Arbeitsrecht. Der Artikel 165 Absatz 1 der Reichsverfassung bedeutet die Anerkennung der Arbeiter als Staatsbürger, Gleichberechtigung der Arbeiterklasse gegenüber den Arbeitgebern, Anerkennung der Gewerkschaften als berufene Vertretung der Arbeiterklasse und Anerkennung des Tarifvertrages als Mittel zum Ausgleich der Interessen zwischen Arbeiterklasse und Arbeitgebern zur Förderung, Wahrung und Erhaltung des Wirtschaftslebens. Es kann nicht bestritten werden, daß die gegenwärtige Reichsregierung in diese Grundrechte der Arbeiter entscheidend eingegriffen hat. Daß sich dagegen die Gewerkschaften mit aller Entschiedenheit wenden, ist geradezu selbstverständlich. Nach wie vor besteht bei der Verminderung der Tariflöhne auf Grund der Notverordnung vom 5. September 1932 auch die Kampffreiheit.

Die Gewerkschaften halten sich nach wie vor an die von ihnen abgeschlossenen Tarifverträge gebunden, aber eben nur an den vereinbarten Inhalt dieser Tarifverträge. Gegenüber anderen, nicht dem Tarifinhalt entsprechenden Abmachungen gibt es keine Friedenspflicht.

Die Reichsregierung hat erklärt, Tarifvertrag und Schlichtungswesen sollen erhalten bleiben. Das stimmt jedenfalls nicht überein mit den vor Erlass der Notverordnungen abgegebenen Erklärungen der Reichsregierung. Denn hiernach sollte wenigstens die Verbindlichkeitsklärung nur noch in seltenen Ausnahmefällen Anwendung finden. Mit Recht wurden die Tarifparteien auf den freiwilligen Abschluß von Tarifverträgen hingewiesen. Aber wie sollen sie das tun, nachdem die Reichsregierung die Vertragsgrundlage aufgehoben hat? Die Arbeitgeber haben darüber hinaus sogar die Beilegung des Schlichtungswesens überhaupt gefordert. Ob diese Stimmung bei Reichsregierung und Arbeitgebern inzwischen nicht schon wieder umgeschlagen ist, kann durchaus unentschieden bleiben. Wahrscheinlich ist für die Gewerkschaften allein, daß Tarifverträge, die nicht einmal mehr Mindestlebensbedingungen gewährleisten, und ein Schlichtungswesen, das nur gegen die Arbeiterklasse gerichtet ist, für die Arbeiter ohne Interesse sind.

Mit ihren Maßnahmen hat die Reichsregierung das heute für den Interessenausgleich zwischen Arbeiterklasse und Arbeitgeber geradezu unerzählige kollektive Arbeitsrecht gefährdet.

Damit ist aber zwangsläufig die Erhaltung des Wirtschaftslebens selbst gefährdet. Durch die Maßnahmen der Reichsregierung gezwungen, werden sich die Auseinandersetzungen zwischen Arbeiterklasse und Arbeitgebern nunmehr wieder vorwiegend betrieblich abspielen. Wenn dadurch weniger Tarifverträge als bisher zustandekommen bzw. der Kreis der tarifunterworfenen Betriebe und Arbeiter erheblich enger wird, dann wird die Reichsregierung sehr bald selbst einsehen, daß alle getroffenen und irgendwie noch zu treffenden Maßnahmen in die leere Luft stoßen. Denn daß man aus 20 Millionen deutschen Arbeitern Sklaven machen kann, ist ein Irrglaube, dem sich auch die gegenwärtige Reichsregierung nicht hingeben sollte. Neuerdings finden innerhalb der Reichsregierung auch Erörterungen darüber statt, ob man nicht etwa für alle öffentlichen Verwaltungen und Betriebe die Mafregelungsmaßnahmen des § 84 Abs. 1 Ziff. 4 des BKG vorübergehend aufheben könne. Es ist dann nur noch ein weiterer Schritt in der Entwicklung, auch für die privaten Verwaltungen und Betriebe diese Schutzbestimmung aufzuheben. Auch das liegt in der Linie der gegenwärtigen Politik. Alles Recht der Arbeiter soll beseitigt werden.

Sollen die Beamten geprellt werden?

Protest des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes gegen das sogenannte Rollsystem

Der ADGB übermittelt uns folgende Erklärung gegen das Rollsystem:

Der Bundesvorstand des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes (ADGB) verfolgt mit großer Sorge die in der letzten Zeit zunehmende Ausbreitung des sogenannten Rollsystems, worunter man den Uebergang von der Vorauszahlung zur nachträglichen Zahlung der Gehälter versteht. Von Heßen und Thüringen eingeführt, hat das Rollsystem in Baden, Hamburg, Lübeck, Bremen, Oldenburg, Sachsen und Württemberg, neuerdings, vorerst für einen Monat, auch in Bayern und schließlich in Braunschweig Eingang gefunden. Obwohl seine Durchführung in den einzelnen Ländern recht verschieden gehandhabt wird, läuft das System überall auf dasselbe Ergebnis hinaus, nämlich einen Teilbetrag des Monatsgehalts oder ein volles Monatsgehalt einzusparen. Dem einzelnen Beamten gehen dadurch erhebliche Teile seines Einkommens verloren; denn der Uebergang zur Nachzahlung fällt, wenn er auch allmählich vorgenommen wird, eine nackte Gehaltskürzung dar. Daß diese Gehaltskürzung unter der Hand, durch Verringerung der Auszahlungssätze, aber unter Aufrechterhaltung der Fiktion, der Beamten bekäme für denselben Zeitraum das gleiche Gehalt, durchgeführt wird, macht die in der Beamtenenschaft vorhandene Erbitterung nur noch größer. Der volkswirtschaftliche Effekt der Maßnahme, die Beschneidung der Kaufkraft einer

großen Konjumentenmacht, widerspricht allen wirtschaftlichen Erfahrungen, insbesondere auch den Anturdelungsplänen der Reichsregierung.

Schon jetzt sind weite Kreise, besonders bei den unteren Besoldungsgruppen, nicht mehr in der Lage, die eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen. Die Einführung des Rollsystems hat natürlich diesen Zustand noch verschlimmert und drückt dort am härtesten, wo die Existenzgrundlage bisher schon sehr kümal gewesen ist. Schwerste Rückwirkungen auf alle Zweige der Gütererzeugung, auf Verteilung und Konsum, können nicht ausbleiben.

Der ADGB warnt die Länderregierungen, auf dem eingeschlagenen Wege weiterzugehen. Er ersucht die Reichsregierung um ihr Eingreifen und fordert seine Landesausgänge auf, sich bei den Länderregierungen nachdrücklich für baldige Beseitigung des Rollsystems einzusetzen.

Der Amerikanische Gewerkschaftsbund berichtet, daß seit 1929 zum ersten Mal ein leichtes Anzeichen des Beschäftigungsabwärtens der organisierten Arbeiterschaft festzustellen ist. Die allgemeine Arbeitslosigkeit sei jedoch noch immer im Ansteigen begriffen. Die gesamte Arbeitslosenzahl wird vom Gewerkschaftsbund auf 11,5 Millionen geschätzt.

„Mittgabeln heraus!“ keine Aufforderung zu Gewalttätigkeiten

Nach 13stündiger Verhandlung über den Nazi-Lieberfall bei Radschüh am 3. Juli verurteilte das Breslauer Sondergericht gestern den SA-Mann Paul Hellmann wegen gefährlicher Körperverletzung aus politischen Gründen und wegen unbefugten Waffenbesitzes zu 5 Monaten Gefängnis, den Genossen Martin Winkler aus Breslau wegen Vergehens gegen das Schusswaffengesetz zu 4 Monaten Gefängnis. Die Angeklagten Kleiner (Soz.), Berger, Klotz und Bänisch (Nationalsozialisten) wurden auf Kosten der Staatskasse freigesprochen. Die Verurteilten wurden nicht verhaftet.

Das ist also das gerichtliche Ergebnis des bekannten Feuerüberfalls bei Radschüh am 3. Juli, bei dem, wie unseren Lesern erinnerlich, zwei Jugendgenossen durch Schüsse schwer verletzt und das Mitglied der Neumarkter Reichsbannerkapelle Schöber in unermesslicher Weise blutig geschlagen wurde. Wenn man dieses Ergebnis auch unter der von dem Anklagevertreter in seinem Plädoyer hervorgehobenen Tatsache beurteilen muß, daß die Nazischützen, die das Schnellfeuer auf die Jungfrontleute an der Anhöhe zwischen Radschüh und Keulendorf eröffneten, wobei die Genossin S. Schaal einen Armschuß und die Genossin M. Paul einen Kieferschuß erhielt, nicht aufgeklärt wurde, viellecht wirklich nicht aufgeklärt werden konnte, so bleibt doch leider auch hier wiederum manch Unbegreifliches und Unerforschliches bei dieser Art der Rechtsfindung zurück.

Die Junge Front war an jenem Tage — es war der Tag der Kanther Zusammenkünfte, der Tag, an dem im ganzen Kreis Neumarkt die Nazi-Bataillone mit „Felddienst-“ und „Führerübungen“ oder sonstigen Bürgerkriegsspielerien unterwegs waren — in losen Gruppen zu einem Kinderfest des freigewerkschaftlichen Landarbeiterversandes nach Keulendorf, Kreis Neumarkt, gefahren. Diese im Interesse der Staatssicherheit bedenkliche Tatsache hat die Anklagebehörde veranlaßt, den Genossen Otto Kleiner-Breslau, der bei Reibereien in Radschüh einige Anordnungen gab und das Nachkommen anderer Genossen abwartete, da die Lage bedrohlich aussah, wegen Leitung eines nicht vorwärtsmäßig angemessenen Umzuges anzuklagen.

Genosse Kleiner wurde freigesprochen, aber der ganze Verlauf des Prozesses wurde durch diese Anklage verzerrt. Alle Zeugen, die in dem fürchterlichen Verdad stand, an diesem staatsgefährlichen Treiben, das heißt an dem Kadusaufzug nach Keulendorf, teilgenommen zu haben, wurden nämlich nicht vernommen. Das Schwergewicht der Zeugenausagen verfiel sich infolgedessen, wie stets in solchen Fällen, und zwar zu Ungunsten des Genossen Winkler, der wegen angeblichem Waffennußbrauch verurteilt wurde, wobei man ihm allerdings die Notwehr gegen den Naziüberfall zubilligte.

„Im Schreckmoment kampfunfähig gemacht“

Das recht bunte Bild der Aussagen der Angeklagten — unter denen der Neumarkter Kreisleiter Klotz durch unflätige Redensarten und großpropägedisches Auftreten eine ganz besondere Rolle zu spielen sich bemühte, wie auch der Zeugen, ergab im Wesentlichen, daß in Radschüh u. h. erhebliche Reibereien zwischen durchziehenden Angehörigen der Eisernen Front und den von einem Sturmappell heimgekehrten Nazi vorgelommen waren, dann aber auswärtige Nazis aus Jezierwieh alarmiert und ein Teil der Eisernen Front in der Nähe der Kirschkude auf dem Wege nach Keulendorf regelrecht eingekesselt, schließlich auch beschossen wurde. Zwei Motorradfahrer und ein Kraftwagen, die auf der Straße hin- und herzogen, offenbar die Verbindungen zwischen den beiden Armeegruppen der Nazis herstellten, spielten dabei eine besondere Rolle. Auf dem einen Rad befand sich der angeklagte Meller Berger aus Kofenbüsch, der ebenfalls wegen Leitung eines nicht genehmigten Umzuges und der Mittereigebille Hellmann, der wegen der Mithandlung des Genossen Schöber, Neumarkt, angeklagt war. Hellmann ist ein bekannter Gemütskranke, überdies offenbar entragierter Autopiloter. Ganz sachmännisch und trocken schilderte er, daß er Schöber „im Schreckmoment kampfunfähig gemacht“ habe, da er befürchten mußte, daß Sch. ihn angreife, obwohl eine gänzlich parteilose Zeugin deutlich befand und damit die Angaben Schöbers selbst bekräftigt, daß Sch. mit seinem Fahrrad um die Nazi-Kundschäfter herumfahren wollte. Er wurde von Hellmann mit dem Fuß vom Rad gestoßen und mit einem Fahrradschlüssel, der an einen Lederriemen gebunden war, in unheimlicher Weise mißhandelt.

Schnellfeuer gegen Mädchen

Als an der Kirschkude die dort haltenden Jungfrontler, unter ihnen die beiden verletzten Mädchen, den blutenden Schöber, der nach einiger Zeit wieder zur Bewußtsein gekommen war, herantraten, ging auch schon das von mehreren jugendlichen — alle des nicht genehmigten Umzuges „verdächtig“ und infolgedessen unverdächtig vernommen — anjuchalisch geschilderte Schnellfeuer der Nazis los. Selma Schaal erhielt einen Schuß in den rechten Oberarm, Martha Paul in den Kiefer und zwar von vorne, als unweifelhaft von den die Anhöhe in Schützenlinie besetzt haltenden Nazi. Die Anklagebehörde bemerkt hierzu recht gemütslos, besondere Folgen hätten die Verletzungen nicht gehabt, obwohl beide Verletzte 14 Tage im Krankenhaus blieben, die Genossin Paul sogar einer Operation unterzogen werden mußte und es sah ja nur an wenige Zentimeter handelte, daß die Schüsse nicht tödlich wirkten oder schwere, nicht wieder gutzumachende Gesundheitsgefährdungen zur Folge gehabt hätten. Unbekannt ist es der Staatsanwaltschaft wohl auch geblieben, daß man in einem Fall der erwerbslosen Verletzten noch die Krankenhauskosten von der künftigen Unterbringung abzog und in dem anderen Fall die junge Genossin durch ihre lange Behinderung ihren Arbeitsplatz verlor.

Revolver oder Tabatspfeife?

Ein Stück weiter vorne, sozusagen in der vordersten Linie dieser Bürgerkriegsspieler, war der Genosse Bräuer von dem Motorradfahrer Kraus und seinem Beifahrer Berger bedrängt, dann von nicht feststellbaren Tätern beschossen worden. Er plätschte im Straßengraben und ließ dabei sein Rad zurück. Als plötzlicher Landjägerbeamte eingriffen und in sehr energischer Weise die Nazis zur Ruhe wiesen, was dort natürlich lebhaftes Mithausen und viele Angriffe der Naziangehörigen gegen die Beamten zur Folge hatte, meldete Winkler sofort, daß ihm sein Rad von unbekanntem Perianen weggenommen worden war. Er wurde auf Waffen durchsucht, aber nichts bei ihm gefunden. Auch im Felde wurden zwar Notruhenhüllen, aber nicht jene Pistole gefunden, mit der Winkler nach Angaben des Berger in lebhaftester Weise im Zurückgehen auf die Nazi geschossen habe.

Das Ganze ist eine sehr materielle Geschichte, die selbst dem Staatsanwalt nicht recht gefällig zu erscheinen schien. Ein unbefugter Zeuge berichtete sogar von zwei Reichsbannerleuten, die da im Zurückgehen gefesselt hätten, niemand aber erkannt Winkler mit der Handhabung der Schusswaffe wieder, ja ein Nazigast erzählt selbst mit Bestimmtheit, der Radfahrer Mann hätte ja ein schwarzes Scherenscheren, während ein Oberlandjäger prompt bekräftigt, daß W. auch an jenem Tage glattrastend war.

Die Behauptung Winklers beruht also praktisch nur auf dem Zufall, daß er nach eigener Angabe der Mann war, der gleich nach diesem Vorfall weiter unten aus dem Straßengraben heraus-

kam. Er selbst gibt an, daß er in Erkenntnis der Uebermacht der ihn bedrohenden Nazis eine Tabatspfeife herausgezogen und mit ihr den Anschein des Zielens erweckt habe, um die Angreifer abzuschrecken. Die Möglichkeit, daß das ja tatsächlich gleichzeitig einsehende Schießen mit dieser Geste zur Wahrnehmungstäuschung der Augenzeugen führen konnte, wurde zwar von dem Verteidiger der beiden Genossen, Rechtsanwalt Bandmann, in seinem Plädoyer wirkungsvoll unterstrichen, aber weder von dem Anklagevertreter, noch von dem Gericht sonderlich beachtet. Man billigt Winkler zwar Notwehr zu, hält es aber für erwiesen, daß er nicht die Tabatspfeife, sondern eine Pistole in der Hand gehalten habe. Seine Beurteilung scheint uns in rein objektiver Wertung der Beweisaufnahme und der Tatsache, daß auch die belastenden Zeugen keine genauen Angaben über diese angebliche Pistole machen konnten, sondern nur allgemein schlupflogerten, daß doch „wenn es knallt“, geschossen worden sein müsse, als Fehlurteil, als ein Fehlurteil, das um so schwerer wiegt, als Hellmann für das brutale Niederdrücken des wehrlosen Genossen Schöber nur einen Monat mehr bekam. Das mag natürlich aus Geiz und Strafmaßbestimmungen begründbar sein, wird aber in dem Zusammenhang, der hier doch nun einmal vorhanden ist, von jenen also, die Justiz und Recht als Begriff miteinander verbinden, nicht begriffen werden.

Der Fall Klotz

ist nicht minder bedenklich für die Praxis unserer Sondergerichtsrechtspflege. Diesem hat allerdings nicht die Anklagebehörde die Verantwortung dafür zu tragen, daß hier ein Mann freigesprochen wird, der selbst offen zugibt, in maßloser Weise die Bevölkerung eines ganzen Ortes gegen die gegnerischen Ausflügler aufgehetzt zu haben.

Herr Klotz gab sich auch an Gerichtsstelle die erdenklichste Mühe, die Befundung des Neumarkter Polizeimeisters, daß er nicht eine Persönlichkeit sei, die in aufgeregten Momenten Ruhe zu stiften sich bemühe, nachdrücklich zu unterstreichen. In wirren Reden, die überdies erhebliche Zweifel an seinem zerebralen Gesundheitszustand aufkommen lassen, zog er gegen die Margriten vom Leber, sprach in seinem Schlusswort von einer Komödie, die hier aufgeführt werde und schilderte seine Tätigkeit an jenem Tage. Sie begann damit, daß er Stat spielte und endete damit, daß er den Frauen auf den Straßen von Radschüh zurief: „Wo sind denn eure Männer? Mittgabeln heraus.“ Dem Gemeindevorsteher, der seinerzeit eine Klage vom Landrat erhielt, weil er hier in nicht ganz eindeutig festzustellender Weise mitgewirkt hat, sagte Klotz nach seinen eigenen Angaben: „Das laßt ihr euch gefallen?“ Gemeindevorsteher Hauffler selbst muß aber als Zeuge angeben, daß Klotz mit einem Auto im Dorf herumfuhr und brüllte:

„Bauern, heraus, jagt sie mit den Mittgabeln zum Dorf hinaus!“

„Sie“ waren natürlich Reichsbannerleute und Jungfrontler, von denen irgend welche Leute Klotz unkontrollierte Schauerreden berichtet hatten. Der Staatsanwalt sah hierin eine Aufforderung zu Gewalttätigkeiten, das Sondergericht aber sprach ihn frei. Wahrscheinlich war es mit Klotz, der in seiner tonlosen Schlussrede meinte, eine Verurteilung seiner hochachtbaren Persönlichkeit bedeute „den Anarchismus in Deutschland zu stabilisieren“, einer Meinung. Nach Klotz Ansicht ist es nämlich eine „naide Tatsache“, daß er Gewalttätigkeiten — verhindert habe. Im gleichen Atemzuge dokumentiert er diese seine friedfertige Gesinnung dadurch, daß er sich, was eigentlich nicht zum letzten Wert des Angeklagten gehört, für seinen Mitangeklagten Baensch aus Jezierwieh ins Zeug legte, der an jenem Tage ganz zufällig — was es doch alles für Zufälle bei den Nazis gibt — einen Ochsenjäger gefunden und mit sich herumgeschleppt hatte. Dabei erklärte Klotz recht unzuverlässig, daß man ja „einen Ochsenjäger nur einmal zur Bändigung von Rindvieh“ brauche. Daß er damit seine politischen Gegner meinte, war nicht mizuzweifelchen. Die Neumarkter Arbeiter werden sich diesen Ausspruch zu merken haben. In seinem

Blädonyer

stellte Genosse Bandmann diese Umstände zusammen und forderte für die von ihm verteidigten Genossen Kleiner und Winkler die Freisprechung, während der Nazi-Rechtsanwalt Kegel, um seine Klienten zu verteidigen, in etwas ungewöhnlicher Weise als Ankläger seiner politischen Gegner auftrat, was Genosse Bandmann in einer kurzen Erklärung unumwunden als starken Tabak tennensicherte.

Der Vertreter der Anklage, Staatsanwaltschaftsrat Baier, hatte zuvor für Otto Kleiner zwei Wochen Gefängnis wegen Leitung eines nicht genehmigten Umzuges, für W. Klotz wegen unbefugten Waffenbesitzes zu politischen Zwecken vier Monate, für Hellmann drei Monate wegen schwerer Körperverletzung aus politischen Beweggründen und Vergehens gegen die Waffennußbrauch-Verordnung vom März 1932 drei Monate, zusammenfassend zu 3 Monaten 2 Wochen, bei Berger Freispruch mangels Beweise, bei K. Bänisch drei Monate wegen unbefugtem Waffenbesitz und bei dem Nazi-Kreisleiter Klotz zwei Monate wegen Anreizung zu Gewalttätigkeiten beantragt.

Staatsminister Grimme

spricht am 24. Oktober im „Gelben Löwen“ in Neumarkt

Aus der Umgebung

Balkoneinsturz in Brodan

In der Nacht vom 18. zum 19. verursachte der herrschende Sturm in Brodan erheblichen Schaden. So wurden auf dem Friedhof, dem alten Denkmalsplatz und im Volkspark Säume, bzw. ganze Reize von den Bäumen getrennt.

Auf der Günterstraße wurden bei einem Bodensturz, das offen stand, die Scheiben zertrümmert. Auf der Sakfeldstraße 4 verfiel sich der Wind in der Holzverkleidung eines Balkons und riß das Eigengeland ab, das vom zweiten Stock auf die Straße fiel. Das Geland der darunterliegenden Balkons wurde ebenfalls beschädigt.

Wollschmitz. In der Gemeindevorversammlung vom 18. Oktober stand nur die Rechnungslegung für 1931/32 auf der Tagesordnung. Ein Antrag, die Bürgersteuer zu befreien, wurde mit sieben Stimmen abgelehnt und diese Frage auf eine spätere Sitzung vertagt. Genosse Scheibel und Herr Ziebold hatten die Gemeindefasse geprüft und die Kasse sowie die Belege, wie sie berichtigt, in bester Ordnung befunden. Vechter Ziebold gab die Rechnungslegung bekannt. Sie schließt mit einer Einnahme von 56 548,15 Mk. und einer Ausgabe von 56 510,71 Mk. ab, so daß ein Kassenbestand von 37,44 Mk. vorhanden war. Auf Antrag des Herrn Ziebold wurde dem Gemeindevorsteher einstimmig die Entlastung erteilt.

Kantern. Wer ist die Tote? Eine unbekannte weibliche Leiche wurde am Dienstag bei den Baggerarbeiten der hiesigen Schleuse aus der Oder gefischt. Die Tote muß schon lange im Wasser gelegen haben, da der Körper schon zum größten Teil in Verwesung übergegangen war. Auf Anordnung der Polizei wurde die Leiche nach der Breslauer Anatomie geschafft, wo sie obduziert wird.

Sozialdemokratische Partei

Unterbezirk Breslau-Land/Neumarkt/Nimptsch
Sekretariat: Margaretenstr. 17, Gartenhaus (Neubau), Zimmer 170-172
Telephon 59066, 59061
Sprechstunden: Dienstag, Mittwoch, Freitag von 9-13 u. 16-18 Uhr

Herrmannsdorf. Freitag, den 21. Oktober, 20 Uhr, bei Gasba Mitgliederversammlung. Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes zu erscheinen.

Brodan. Sozialistische Arbeiter-Jugend. Heute, Donnerstag, Sprechstunde bei Wende. Sonntag, ab 20 Uhr, Tanzabend in der Turnhalle.

Münchwig. Sonnabend, den 22. Oktober, 20 Uhr, öffentliche Kundgebung bei Starke. Redner: Genosse K. Steffen.

Arbeitsgemeinschaft Nord-Ost: Klarenkrant. Sonnabend, den 22. Oktober, 20 Uhr, öffentliche Kundgebung bei Michler. Redner: Genosse Swolnizki, Brodan.

Drachendrunn. Sonnabend, den 22. Oktober, 20 Uhr, öffentliche Kundgebung bei Riesling. Redner: Genosse Seppel, M. d. R.

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold Breslau-Land / Neumarkt

Sonnabend, den 22. Oktober, abends 8 Uhr, im Vereinslokal „Gelber Löwe“ Mitgliederversammlung. Redner: Gaukreisrat Kamerad Steiner-Breslau. Sämtliche Kameraden, Schuls- und Spielleute haben vollständig zu erscheinen.

Hand- und Kopfarbeiter! Vergeßt nicht, für eure Partei und für eure Presse zu werben!

Vorbereitung für Stülpnagel

Eine Jahresfeier des Volksbundes für Arbeitsdienst

Der Arbeitsdienst ist in Deutschland bekanntlich vorläufig noch freiwillig. Seine Durchführung liegt in den Händen der Träger des Dienstes, zu welchem sich praktisch jeder Verein oder jedes Komitee selbst ernennen kann, sofern es irgend einen Arbeitsvorhaben für sich nutzbar zu machen versteht und daraufhin von den Bezirkskommissaren — früher waren es die Landesarbeitsamtspräsidenten unter ihrer gewöhnlichen Dienstbezeichnung unter Anordnung eines Ausschusses der Arbeitnehmersverbände — für förderungswürdig anerkannt werden.

So wird derzeit Arbeitsdienst unter sehr verschiedenen Voraussetzungen und Gesichtspunkten ausgeführt. Weltanschauungsgemeinschaften, Kirchengemeinden, Stahlhelmgruppen, Naziorganisationen, aber auch Kameradenvereine ohne Kameraden haben sich mit mehr oder weniger ausgesprochener Zielsetzung dafür interessiert, die Sozialistische Arbeiterjugend bekanntlich in Schmiedeberg überführt, den trotz aller Anfeindung gut gelungenen Versuch gemacht, in einem Arbeitslager arbeitspädagogische Gesichtspunkte mit Pflege wahrer Selbstdisziplin und geistiger Schulung zu verbinden. Der Volksbund für Arbeitsdienst, der am Dienstag zu einer Art Jahresfeier seiner Tätigkeit in den Sitzungssaal des Provinziallandtages einlud und ein kultres Publikum, vom Landeshauptmann, Landesarbeitsamtspräsidenten, Kreispräsidenten und den Kommunalleitern aus allen Teilen beider Provinzen bis zum Vertreter der II. Kavalleriedivision zu vereinen wußte, steht weltanschaulicher Gruppierung ablehnend gegenüber. Er ist sozusagen zum Zweck des Arbeitsdienstes geschaffen, vertritt aus ihm heraus so etwas wie eine neue Ideologie, einen besonderen Lebensweg — eine „Sinn- und Zwecksetzung“, sagte der Vortragsredner und Organisator dieses Bundes, Herr von Flotow — herauszubehelfen.

Brüht man allerdings diese „Sinn- und Zwecksetzung“ auf ihren Inhalt, so bleibt eigentlich nichts, als eine etwas verschwommen national umfönbete Volksgemeinschaftsideologie, die den Klassenhaß soll heigen, die Erkenntnis der Klassencheidung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung recht nationalitätlich ablehnt. Millionen sind in Deutschland arbeitslos, Millionen frieren und hungern. Millionen können keinen Sinn ihres Lebens in einer Ordnung der Dinge finden, die weit über die Grenzen unseres Landes hinaus die fleischgewordene Widerständigkeit darstellt, in der Ueberfluß an Produkt und Produktionsmöglichkeit täglich wachsender Not gegenüberstehen. Herr von Flotow aber berichtet stolz von 4000 Dienstfreiwilligen, die von seinem Volksbund — vorübergehend natürlich — eingesetzt wurden, jährt davon, daß die Jugend für die Verteidigung des Vaterlandes „gehärtet“ werden müsse, daß die Arbeiter der Skira und der Bauit (wo hören wir das doch schon?) sich zusammenfinden müßten und anderes mehr. Die Sinn- und Zwecksetzung wird als Programm aufgestellt, aber nicht abgedeutet.

Im Sinnergrund wurden bei dieser bestens organisierten Jahresfeier während die erlebten Gäste auf den Flächen der Provinziallandtagsabgeordneten Platz genommen hatten. Anordnungen aus den Arbeitslagern in sehr neu aussehenden Drill-Uniformen bzw. abgelegten Schupouniformen aufgestellt, an deren Seite zur Beibehaltung der Gemeinschaft von Skira und Faust die Chargierten des Vereins deutscher Studenten und anderer akademischer Vereinigungen in vollem Wicks standen. Wahrhaft symbolisch wehte dazwischen die Fahne des Volksbundes, von naiven Besuchern für die alte Seekriegsflagge gehalten. Herr von Flotow griff auch hier erläuternd ein; es ist ein Parier, in dem sich das alte germanische Vordenkzeug mit einem symbolischen Adler und — den Staatsfarben der deutsch-österreichischen Republik vereint. Das das alles ein bühnen-schwarz-weiß-rot geratet ist, nun das ist natürlich nur ein Zufall. Ebenso zufällig scheint man im Büro des Kreispräsidenten gerade gestern verhängerten Dienst gemacht zu haben, so daß ein Bildungsstelegramm der Festversammlung sofort beantwortet und die Antwort noch verlesen werden konnte, bevor die Feier mit einem selbstverfertigten Gedicht des Herrn von Flotow und dem Deutschlandlied abschloß.

Sollte General von Stülpnagel, dessen praktischer Tätigkeitsbericht ja derzeit noch etwas unklar umrissen ist, Bedarf an Organisationslehre für seine Jugenderleuchtung haben, so wird ihm die der Volksbund sicherlich ist und fertig tabbereit zur Verfügung stehen, denn in seiner Freiheitsgestaltung betreibt er, wie dargelegt wurde, den Wiederaufbau der Nation; selbstverständlich auf reiflos überparteilicher Grundlage.